

Unterrichtung

durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe
der Bundesrepublik Deutschland

über die Außerordentliche Tagung des Interparlamentarischen Rates
vom 30. August bis 1. September 1995 aus Anlaß des 50. Geburtstages
der Vereinten Nationen in New York

Inhalt

- I. Teilnehmer (S. 1)
- II. Anlaß und Ablauf der Konferenz (S. 1)
- III. Sitzungen des Exekutivausschusses (S. 11)
- IV. Sitzungen der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus (S. 11)
- V. Zusammenfassung (S. 12)
- VI. Anhang (S. 13)

I. Teilnehmer

Der Delegation, die der Deutsche Bundestag zur Außerordentlichen Tagung des Interparlamentarischen Rates nach New York entsandte, gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. Leni Fischer (CDU/CSU),
Leiterin der Delegation
Abg. Dieter Schloten (SPD),
stellvertretender Leiter der Delegation
Abg. Ingrid Becker-Inglau (SPD)
Abg. Dr. Ursula Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abg. Wolfgang Engelmann (CDU/CSU)
Abg. Prof. Karl-Hans Laermann (F.D.P.)
Abg. Dr. Elke Leonhard (SPD)
Abg. Hans Raidel (CDU/CSU)

Anläßlich der Außerordentlichen Tagung des Interparlamentarischen Rates trafen Parlamentarier aus 74 der derzeit 135 Mitgliedsländer der Interparlamentarischen Union in New York zusammen. Dar-

über hinaus nahmen Abgeordnete des Anden Parlaments, des Lateinamerikanischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates als assoziierte Mitglieder teil. Als Beobachter waren außerdem Vertreter verschiedener internationaler Organisationen und interparlamentarischer Gremien zugelassen.

II. Anlaß und Ablauf der Konferenz

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, **Boutros Boutros Ghali**, hatte die Interparlamentarische Union eingeladen, in den Gebäuden der Vereinten Nationen eine Sitzung aus Anlaß des 50. Geburtstages der Vereinten Nationen durchzuführen. Der Exekutivausschuß der Interparlamentarischen Union, dem neben dem Präsidenten, dem ägyptischen Parlamentspräsidenten Sorour, zwölf weitere Mitglieder, darunter die Abg. Leni Fischer aus Deutschland, angehören, war gleichzeitig der Vorbereitungsausschuß für die Außerordentliche Sitzung des Interparlamentarischen Rates in New York. Dieser Vorbereitungsausschuß hatte sich in mehreren Sitzungen mit der Außerordentlichen Ratstagung in New York befaßt und sie als einzigartige Möglichkeit begrüßt, die Verbindungen zwischen IPU und Vereinten Nationen zu dokumentieren und gleichzeitig zu stärken. Der Vorbereitungsausschuß hatte auch das Programm und die Tagesordnung der Außerordentlichen Ratssitzung diskutiert und festgelegt. Auf Initiative der Abg. Leni Fischer wurde in die Tagesordnung das Thema einer „Agenda für Demokratie, Frieden und nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen. Der Exekutivausschuß fungierte gleichzeitig vor und während der Außerordentlichen Sitzung des

Interparlamentarischen Rates als Drafting Committee für die Schlußerklärung. In dieser Eigenschaft hatte er in mehreren Sitzungen während der Tagung in New York die im Anhang (S. 13) beigefügte Schlußerklärung vorbereitet, diskutiert, einstimmig angenommen und der Konferenz vorgelegt.

Die Tagung in New York war die erste Zusammenkunft der IPU am Sitz der Vereinten Nationen und in den Gebäuden der Vereinten Nationen.

Die Eröffnung der Sitzung des Interparlamentarischen Rates fand am 30. August 1995 im Saal der Vereinten Nationen in New York statt. Anlässlich der Eröffnungssitzung hielten der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali, und der Präsident des Interparlamentarischen Rates, der ägyptische Parlamentspräsident Sorour, Reden. Zu dem Thema „Agenda für Demokratie, Frieden und nachhaltige Entwicklung“ sprachen die Abgeordneten Leni Fischer und Ingrid Becker-Inglau, zu dem Thema „Stärkung und Demokratisierung der Strukturen für die internationale Zusammenarbeit“ sprachen die Abg. Leni Fischer und Dieter Schloten.

Die Außerordentliche Tagung des Interparlamentarischen Rates wurde von dessen Präsidenten, dem ägyptischen Parlamentspräsidenten Sorour geleitet.

In der Schlußsitzung am 1. September 1995 wurde die Schlußerklärung vom Berichterstatter des Drafting Committee, **Sir Michael Marshall**, vorgestellt und im Konsens angenommen.

Die Konferenz wurde beschlossen von kurzen Reden des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, **Joseph Verner Reed**, sowie dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates.

Eröffnung der Außerordentlichen Tagung des Interparlamentarischen Rates

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, **Boutros Boutros Ghali**, hielt folgende Ansprache (Originalsprache: Französisch)

Die Demokratisierung ist ein entscheidendes Instrument für die Stärkung der Aktivitäten der Vereinten Nationen

Mit großer Freude und im Bewußtsein des besonderen Anlasses begrüße ich heute die Interparlamentarische Union am Sitz der Vereinten Nationen. Mein Gruß gilt ganz besonders ihrem Präsidenten, Dr. Ahmed Fathi Sorour, meinem Landsmann und Freund, dem ich meine Anerkennung für die bedeutenden Aufgaben aussprechen möchte, die er innerhalb dieser Institution erfüllt.

Herr Präsident, die Aufgabe, die Sie zur Zeit wahrnehmen, ehrt die gesamte arabische Welt sowie alle diejenigen, die die demokratischen Werte weltweit verteidigen.

Ich heiße auch jeden einzelnen von Ihnen herzlich willkommen und versichere Ihnen, daß Sie hier, bei der UNO, zu Hause sind!

Vor einigen Jahren hätte eine solche Bemerkung vielleicht Überraschung ausgelöst, angesichts der damals weit verbreiteten Vorstellung, die Vereinten Nationen seien ein Forum, welches ausschließlich souveränen Staaten vorbehalten ist. Heutzutage wächst die Zahl und Vielfalt der Akteure des internationalen Geschehens ständig, und die Vereinten Nationen öffnen sich diesen neuen Perspektiven mit aller Entschiedenheit. Nichtregierungsorganisationen, private Institutionen, Bildungseinrichtungen, Unternehmens- und Berufsverbände, Medien, Vertreter der Öffentlichkeit – und hier denke ich insbesondere an die Parlamentarier –, sie alle haben eine Aufgabe zu übernehmen.

Die Feierlichkeiten zum fünfzigsten Gründungsjahr der Vereinten Nationen sollten für uns alle in gewisser Weise Anlaß sein, die Universalität dieser Vertretung der Staaten der Welt erneut in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollten wir uns an die einleitenden Worte der Charta: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ erinnern, denn sie sind eine ständige Aufforderung an uns, uns für eine noch stärkere Demokratisierung des internationalen Geschehens einzusetzen.

Wir dürfen niemals vergessen, daß die Vereinten Nationen vor fünfzig Jahren von einer kleinen Gruppe von Staaten ins Leben gerufen wurden, aus dem Wunsch heraus, die Welt als Ganzes zu sehen und die Völkergemeinschaft zu mobilisieren im Dienste der großen Ziele des Fortschritts und des Friedens und der Verbreitung der demokratischen Ideale in der ganzen Welt.

In dieser Hinsicht ist die Interparlamentarische Union sicherlich die Institution, die die internationale demokratische Zusammenarbeit am weitesten verwirklicht hat.

Seit mehr als einem Jahrhundert leistet Ihre Institution Pionierarbeit und nimmt eine Vorreiterrolle ein. Unermüdlich hat sie sich für die Friedensschaffung und die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten eingesetzt. Sie war das erste ständige Forum für einen Dialog zwischen den Vertretern der demokratischen Staaten. Sie ist in gewisser Hinsicht ebenfalls die erste Institution, die den demokratischen Imperativ in die internationale Rechtsordnung eingebracht hat.

Daher ist es nur natürlich, daß die Interparlamentarische Union heute in der ersten Reihe unter den internationalen Institutionen zu finden ist, die es als ihre Aufgabe sehen, dieses neue Verlangen nach Freiheit und Demokratie, welches so viele Völker und Nationen entwickeln, zu verwirklichen. In dieser Hinsicht sind sie die bevorzugten Partner der Vereinten Nationen.

Innerhalb weniger Jahre haben die Vereinten Nationen die Demokratisierung zu einem ihrer Hauptziele gemacht. Dieses Ziel schlägt sich in einer Vielzahl der wichtigsten Aktivitäten nieder, mit denen wir zur Zeit im Dienste des Friedens und der Entwicklung befaßt sind.

Das Gebot der Demokratisierung wurde zunächst auf pragmatische und empirische Weise in den Mandaten der „Blauhelme“ deutlich, denn es ist eine nicht

zu leugnende Wahrheit, daß es ohne Frieden keine wahre Demokratie und keinen dauerhaften Frieden ohne Demokratie geben kann.

Die Missionen der Vereinten Nationen haben daher ständig zugenommen und wurden ausgeweitet. Die nationale Aussöhnung und die Stärkung der Demokratie sind in der Tat elementarer Bestandteil zahlreicher vom Sicherheitsrat erteilter Mandate geworden. Diese Tendenz zeigte sich unter anderem bei den großen von den Vereinten Nationen durchgeführten Einsätzen in Angola, Mozambik, in El Salvador und, natürlich, in Kambodscha.

Das Bemühen um Demokratisierung steht auch im Mittelpunkt der vorbeugenden Diplomatie, der ich mich in vielen Regionen der Welt im Dienste des Friedens und der Sicherheit widme, weil es immer wieder gilt, die politischen Führungen davon zu überzeugen, daß die Demokratisierung eines Regierungssystems ein Garant für Stabilität ist und daß das Recht der Bürger auf freie Meinungsäußerung die Grundlage für die Legitimation der Staatsgewalt ist. Für mich ist dies ein ständiges Anliegen sowie eines der wichtigsten Ziele, die ich mir selbst gesetzt habe. Es ist jedoch auch eine Aktivität, die ich im Hinblick auf ihre Wirksamkeit mit der erforderlichen Behutsamkeit durchführen muß und durchzuführen gedenke.

Die auf Demokratisierung ausgerichteten Aktivitäten der Vereinten Nationen erfolgen heute aber verstärkt in Form von Wahlhilfe. Immer mehr Staaten ersuchen die Vereinten Nationen um Wahlhilfe.

Bis heute haben fast einhundert Staaten unsere Unterstützung in diesem Bereich erbeten. Seit 1992 haben wir in ungefähr sechzig Ländern Wahlen organisiert, überwacht, koordiniert und verifiziert.

Aus diesem Grunde möchte ich innerhalb der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten des Sekretariats eine Abteilung Wahlhilfe einrichten. Meiner Ansicht nach ist dies ein wirklicher institutioneller Fortschritt.

Heute gibt es bei den Vereinten Nationen in der Tat eine Diplomatie der Demokratisierung. Diese Diplomatie wollte ich in dem Bericht erläutern, den ich der Generalversammlung bei ihrer nächsten Sitzung vorlegen werde, und den ich Ihnen als Denkanstoß zur Verfügung stellen möchte.

Ich bin in der Tat der Auffassung, daß die Demokratisierung ein unerläßliches Instrument im Hinblick auf die Stärkung der Aktivitäten ist, die die Weltorganisation im Dienste der Völkergemeinschaft durchführt.

Wir sind uns alle dessen bewußt, daß jeder Demokratisierungsprozeß den Willen der betroffenen Regierung und der Bürger voraussetzt. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, uneingeschränkt, frei und demokratisch an den Prozessen der Entscheidungsfindung auf politischer und sozialer Ebene teilzunehmen. Aus diesem Grunde müssen wir den politischen Pluralismus unterstützen, die Rechtsstaatlichkeit fördern und eine Kultur der Demokratie verbreiten.

Wir haben daher, wo immer möglich, im Hinblick auf die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit eine Mehrparteienpolitik unterstützt, da es von größter Wichtigkeit ist, einstige Konfliktparteien in die Friedenspolitik einzubinden und ihnen eine uneingeschränkte Beteiligung am demokratischen Leben zu ermöglichen. Nach diesen Maßstäben haben wir insbesondere in Mozambik, in Kambodscha und in El Salvador gehandelt.

Politischer Pluralismus muß jedoch in einem stabilen und verlässlichen institutionellen Rahmen praktiziert werden. Aus diesem Grunde ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit eines unserer Hauptanliegen, sowie ein Bereich, in dem sich die Zahl der Initiativen dank internationaler Unterstützung vervielfacht hat.

In Kambodscha haben wir dazu beigetragen, den Staatsapparat und die Verfassungsorgane zu reformieren. Die Interparlamentarische Union hat Seite an Seite mit uns dort eine äußerst wichtige Rolle gespielt.

An anderer Stelle, zum Beispiel in Venezuela und an der Elfenbeinküste, haben wir den Dezentralisierungsprozeß überwacht, der darauf ausgerichtet war, die Wirksamkeit der Institutionen zu verbessern und diese stärker in die Arbeit des Staates einzubinden.

Ebenso haben wir dabei geholfen, nationale Gewerkschaften in El Salvador und in Guatemala aufzubauen, denn die Verpflichtung, im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu handeln und ihre Beteiligung sicherzustellen, ist eine Grundvoraussetzung der Demokratisierung.

In Afrika, Lateinamerika und in Südostasien beteiligen wir uns weiterhin an der Verwaltung des öffentlichen Dienstleistungssektors.

Um jedoch sicherzustellen, daß unsere Bemühungen sinnvoll sind und dauerhafte Auswirkungen haben, müssen wir für die Verbreitung einer Kultur der Demokratie Sorge tragen, da es von entscheidender Bedeutung ist, daß sich dieses Bewußtsein auch in der Mentalität der Menschen festsetzt.

Niemand kann garantieren, daß in einem Land, das Wahlhilfe beantragt hat, genügend demokratisches Bewußtsein besteht, um sicherzustellen, daß die Wahlergebnisse auch respektiert werden. Wir alle kennen genügend Einzelfälle in diesem Zusammenhang.

Aus diesem Grund sollten wir bei unserem Engagement für die Demokratisierung noch einen Schritt weiter gehen. Es bedarf einer Aufklärung der Bürger, einer Weiterbildung der Führungskräfte und der Aufstellung von Regeln zur Beachtung der Demokratie.

Wo immer notwendig, müssen unabhängige Gerichte geschaffen werden, Streitkräfte aufgestellt, die den Rechtsstaat respektieren, Polizeikräfte eingesetzt, die für die Garantie der bürgerlichen Freiheiten sorgen, und die Menschen über die Menschenrechte aufgeklärt werden. Das ist der Sinn unserer derzeitigen Aktivitäten in Haiti.

In ähnlicher Weise haben wir die Öffentlichkeit in Kambodscha, Südafrika, Angola und Malawi über

die demokratischen Grundsätze informiert, aufgeklärt und ihr Bewußtsein dafür geschärft.

In Namibia, Kasachstan, Tadschikistan, im Jemen und in Chile haben wir die Schaffung freier und unabhängiger Massenmedien gefördert, da der ungehinderte Zugang zu Informationen ein grundlegendes Element in jedem Demokratisierungsprozeß ist.

Ich weiß, daß Sie als Parlamentarier sich der Bedeutung dieser Aktivitäten ganz besonders bewußt sind. Ich versichere Ihnen, daß ich alle Anregungen und Vorschläge von Ihnen mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen werde. Der Erfahrungsschatz, über den Sie persönlich und als Parlamentarier, auf institutioneller Ebene und als Teil einer internationalen Organisation verfügen, ist meiner Ansicht nach eine unverzichtbare Quelle, aus der die ganze Völkergemeinschaft Nutzen ziehen sollte.

Wir wissen alle, daß der Aufbau einer Demokratie sich nicht auf institutionelle Grundsätze beschränkt. Es wäre falsch zu glauben, daß es für den Aufbau eines demokratischen Systems ausreichte, die entsprechenden Institutionen zu schaffen. Wir wissen sehr wohl, daß eine demokratische Staatsordnung der institutionalisierte Ausdruck des tiefsten Bestrebens einer Nation sein sollte.

Eine Institution spiegelt die geschichtliche Entwicklung einer Nation wider. Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, daß Demokratie kein Modell ist, welches man von anderen Staaten kopieren kann; es ist ein Ziel, das alle Völker selbst erreichen müssen.

Wenn ich Staaten auffordere, einen Prozeß der Demokratisierung einzuleiten, dränge ich sie weder darauf, andere Staaten nachzuahmen, noch politische Strukturen von anderen zu übernehmen.

Ganz im Gegenteil. Die Demokratie kann und muß sich allen Kulturen anpassen. Sie kann viele verschiedene Formen annehmen, um sich in der Realität der Völker besser zu verankern.

Demokratie ist der politische Ausdruck unseres gemeinsamen Erbes; als solche besitzt sie eine universelle Dimension.

Die besondere Gelegenheit Ihres Treffens hier am Sitz der Vereinten Nationen möchte ich auch nutzen, um einen Schritt weiter zu gehen und die grundlegende Rolle zu umreißen, die Sie meiner Erwartung nach im Dienste des Friedens übernehmen können. Der Frieden in der Welt ist nicht nur Angelegenheit der Staaten, noch kann das System der Vereinten Nationen allein die Verantwortung für ihn übernehmen. Er betrifft jeden von uns. Die Interparlamentarische Union vermittelt seit langem diese Botschaft. Ich habe mich ebenfalls bemüht, dies in der *Agenda für den Frieden*, die ich dem Sicherheitsrat 1992 vorgelegt habe, hervorzuheben.

Bei dieser Gelegenheit habe ich die Rolle unterstrichen, die die Parlamentarier, zusammen mit den anderen Akteuren des internationalen Geschehens, übernehmen müssen. Denn Sie sind die notwendigen Kanäle für die Öffentlichkeit. Als Mitglieder der Interparlamentarischen Union sind Sie eine der be-

vorzugten Stimmen, die der öffentlichen Meinung internationales Gehör verschaffen können.

Das ist von umso größerer Bedeutung, als die Vereinten Nationen sich zur Zeit in einer echten Vertrauenskrise befinden. Von vielen Seiten höre ich Kritik und Zweifel. Das ist natürlich nicht überraschend. In den Vereinten Nationen konzentriert sich in vieler Hinsicht die internationale öffentliche Meinung. Hier zeigen sich oft in verstärkter Form die Erwartungen und Befürchtungen der Staaten und Völker, und es ist ebenfalls festzustellen, daß in der Welt innerhalb von wenigen Jahren die Stimmung unmerklich von Euphorie auf Angst umgeschlagen ist. Das konnten wir alle beobachten.

Ihnen, die heute hier anwesend sind, kommt im Dienste des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eine entscheidende Rolle zu. Ich möchte es noch einmal wiederholen: ohne die Unterstützung der Öffentlichkeit sind die Vereinten Nationen nichts; ihre Wirksamkeit schwindet, ihre eigentliche Legitimation ist immer weniger vorhanden.

Denn durch die internationale Öffentlichkeit ist es den Staaten möglich, einen entschiedenen politischen Willen zu bekunden, und nur der politische Wille der Staaten ermöglicht den Frieden. Es gibt meines Erachtens heute keine wichtigere Feststellung als diese.

Die Erfahrung hat in der Tat gezeigt, daß Frieden nur möglich ist, wenn der entsprechende Wille sowohl bei den kriegführenden Parteien als auch bei den anderen beteiligten Parteien vorhanden ist.

Der Wunsch der Hauptakteure, Frieden zu schaffen, muß einhergehen mit dem Bestreben der am stärksten beteiligten Staaten, d. h. der Großmächte, eine klare politische Linie zu verfolgen, um einen solchen Schritt in Richtung Frieden zu untermauern.

Ich möchte diesen Punkt hier besonders hervorheben. Für den Frieden ist sowohl der Wille der Konfliktparteien als auch der Wille weiterer beteiligter Parteien erforderlich. Diese beiden Voraussetzungen sind unerläßlich. Warum waren wir in Angola erfolgreich? Weil beide Arten von politischem Willen zur selben Zeit vorhanden waren.

Warum waren wir in Kambodscha erfolgreich? Aus demselben Grund. Der Wunsch nach einer Beendigung der Kampfhandlungen und nach freien Wahlen war da, und die Großmächte unterstützten diesen Prozeß im Rahmen der Pariser Übereinkommen. Warum waren wir in El Salvador erfolgreich? Weil auch dort bei den Hauptakteuren der Wunsch nach Frieden vorhanden war und die Großmächte die Bestrebungen in Richtung Frieden unterstützten.

Warum ist die Völkergemeinschaft auf der anderen Seite im ehemaligen Jugoslawien so erfolglos? Weil dieser Wunsch nach Frieden noch nicht deutlich genug zu erkennen gegeben wurde. Die gegnerischen Parteien glauben, daß in der Fortführung der Kampfhandlungen größere Chancen liegen als in Verhandlungen, und die anderen beteiligten Staaten haben es noch nicht geschafft, eine klare friedensfördernde Linie zu finden.

Dies zeigt wieder einmal, welche große Überzeugungsarbeit wir ständig leisten müssen. Es unterstreicht ebenfalls, wieviel Geduld und Durchhaltevermögen wir an den Tag legen müssen. Denn das ist der einzige Weg, die Waffen zum Schweigen zu bringen und der Zivilbevölkerung Anlaß zu geben, neue Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen.

Die Suche nach Frieden erfordert große Ausdauer, und diesen langen Prozeß müssen wir der Öffentlichkeit klarmachen. Es ist sehr wichtig, daß die Öffentlichkeit die Möglichkeit erhält, bei diesem Entscheidungsprozeß ihren ganzen Einfluß geltend zu machen. Hier wird deutlich, was die Völkergemeinschaft von einer Institution wie der Ihren und der anspruchsvollen Aufgaben, die Sie übernommen haben, erwarten kann. Es ist auch ein klarer Hinweis auf das, was ich persönlich von Ihnen erwarte.

In diesem Zusammenhang werden Sie verstehen, daß ich mir eine wesentlich engere Verbindung zwischen der Interparlamentarischen Union und den Vereinten Nationen wünsche. Ich kann Ihnen versichern, daß ich Ihnen bei der Förderung dieses Gedankens immer zur Seite stehen werde. Sie sind ein entscheidendes Element für die Vertretung der Staaten der Welt, und es ist daher wichtig, daß Sie innerhalb der Weltorganisation ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen.

Ich weiß, daß dies eine Ihrer ständigen Bestrebungen ist, und ich unterstütze Sie dabei. Ich zweifle nicht daran, daß Sie diese Probleme in Ihren Debatten ansprechen werden. Ihre diesbezüglichen Schlußfolgerungen werde ich mit großer Aufmerksamkeit lesen. Wir alle sind uns dessen bewußt, daß für uns unbestreitbar das Zeitalter der globalen Gesellschaft angebrochen ist. Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler politischer Ebene ist man davon überzeugt, daß die Hauptprobleme für die Zukunft der Menschheit in erster Linie transnationale Probleme sein werden. Die internationale Gesellschaft hat sich über staatliche Beziehungen hinaus entwickelt, sie wird von nun an eine große Familie sein, in der die Menschen voneinander abhängig sind.

Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit haben Völker und Nationen soviel zeitnahe Informationen über Ereignisse erhalten, die sich überall auf unserem Planeten abspielen. Unser Leben ist von den Medien umgeben. Das internationale Geschehen spielt sich heute vor den Augen der Welt ab. Es ist daher so wichtig wie nie zuvor, daß Nationen und Völker ihre Meinung zum Ausdruck bringen und sich Gehör verschaffen können. Und dies muß in einem angemessenen Forum gewährleistet sein. In diesem Sinne betrachte ich Ihre Anwesenheit hier bei dieser Weltorganisation. Wir müssen alle dafür Sorge tragen, daß unsere nationalen Institutionen und internationalen Organisationen eine noch stärkere Legitimation erhalten und noch demokratischer werden.

Der Präsident des Interparlamentarischen Rates, der ägyptische Parlamentspräsident **Sorour** hielt folgende Ansprache (Originalsprache: Englisch).

Herr Generalsekretär der Vereinten Nationen,
verehrte Parlamentsmitglieder,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

es ist eine große Ehre und besondere Freude für mich, Ihnen, Herr Generalsekretär, den tief empfundenen Dank der Interparlamentarischen Union auszusprechen für die freundliche Einladung, ein Treffen unserer Organisation hier am Sitz der Vereinten Nationen zu veranstalten, so daß die weltweite parlamentarische Gemeinschaft die Möglichkeit erhält, einen eigenen Beitrag zum 50. Jahrestag der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen zu leisten. Wir betrachten dies auch als ein Symbol für die wachsende Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Organisationen.

Wir sind heute zusammengekommen, um feierlich der Gründung der Vereinten Nationen zu gedenken, aber auch – was vielleicht noch wichtiger ist, – um uns das vor Augen zu führen, was die Weltorganisation geleistet hat, ihre Erfolge, aber auch ihre Fehlschläge, ihre Ideale sowie die Hindernisse, die deren Verwirklichung im Wege gestanden haben, und um unseren eigenen Beitrag zu erbringen, damit die internationale Zusammenarbeit die neuen Anstöße, die sie benötigt, erhält.

Ein halbes Jahrhundert ist seit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco vergangen. Ein halbes Jahrhundert, in dessen Verlauf es Erfolge und Enttäuschungen gab, die Welt aber auch unbestreitbare Fortschritte feststellen konnte, die Menschheit jedoch auch Gewalt und Ungerechtigkeit erleiden mußte.

Der größte Erfolg der Vereinten Nationen liegt darin, daß sie einen dritten Weltkrieg verhindert haben. Zu den Erfolgen gehören auch die Eindämmung von Konflikten während des Kalten Krieges, die Dekolonisierung, das Zustandekommen einer Mehrheitsregierung in Südafrika, die Förderung der Menschenrechte, das Seerecht und die Beiträge, die sie zu den großen Weltkonferenzen erbracht hat, die sich mit Fragen, angefangen vom Status der Frauen bis zu Umwelt, Bevölkerung und sozialer Entwicklung, beschäftigt haben. Diese Liste wird ergänzt durch zahlreiche konkrete weltweit anerkannte Aktivitäten und Programme des Systems der Vereinten Nationen.

Das Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 und die Schritte in Richtung auf Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen in Mittel- und Osteuropa und in anderen Teilen der Welt haben die Aussicht auf ein verstärktes Eintreten für die Verfolgung gemeinsamer Ziele durch ein multilaterales Handeln verstärkt. Die Weltgemeinschaft schien durch den Gedanken vereint, daß sie im verstärkten Maße gemeinsame Verantwortung für eine große Bandbreite von Bereichen übernehmen würde. Dazu gehören Sicherheit – nicht nur im militärischen Sinne, sondern auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht – eine nachhaltige Entwicklung, die Förderung der Demokratie, Gleichberechtigung und der Menschenrechte sowie humanitäre Maßnahmen. Leider können wir nicht behaupten, daß sich diese Hoffnungen erfüllt haben.

Im Gegenteil. Das multilaterale Vorgehen wird oft in Frage gestellt.

Die wichtigste Entwicklung der letzten fünf Jahrzehnte ist möglicherweise das Entstehen neuer wirtschaftlicher und politischer Mächte in der Entwicklungswelt. Viele Veränderungen haben während der vergangenen 50 Jahre stattgefunden. Milliarden von Dollar wurden für Waffen ausgegeben, die vor der Schaffung der Vereinten Nationen niemals benutzt wurden. Es zeigte sich, daß nukleare Waffen zum Symbol für die Zugehörigkeit zum Kreise der Großmächte und zu einer Abschreckungswaffe gegenüber einer feindlichen Welt wurden. Gleichzeitig gab es bei den konventionellen Waffen Waffenkäufe im großen Umfang, insbesondere in den Entwicklungsländern. Die Dritte Welt rüstete immer mehr auf und verwendete hierfür Mittel, die für die dringend erforderliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung notwendig gewesen wären. Tragische Ereignisse wie der Golfkrieg, die ungeheuerliche Brutalität der ethnischen Säuberung auf dem Balkan, die brutale Gewalt in Somalia und der Völkermord in Ruanda lasten als Schandflecke auf dem Gewissen der Menschen. In vielen Gebieten fühlen sich Menschen heute unsicherer als je zuvor. Die internationale Staatengemeinschaft muß sich in der Tat enormen Herausforderungen stellen, und wir alle müssen zusammenarbeiten zur Stärkung des multilateralen Vorgehens.

Herr Generalsekretär,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Charta der Vereinten Nationen wurde im Namen der Völker dieser Welt verkündet: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“. Diese Erklärung war symbolisch für die Erwartungen der Gründer der Vereinten Nationen im Hinblick auf das, was sie schufen. Es stellte sich heraus, daß die Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. Die Völker der Welt hatten niemals das Gefühl, daß sie die Vereinten Nationen verkörperten. Die Vereinten Nationen gehörten den Regierungen – das heißt – auch nur einigen von ihnen. Sie gehörten in den Bereich der hohen Politik.

Und doch – die Vereinten Nationen – das sind wir. Obwohl der Mitgliederkreis aus Staaten besteht, vertreten durch Regierungen, sind diese Regierungen im zunehmenden Maße dem Volk gegenüber verantwortlich für die internationale Politik, die sie verfolgen.

„Wir, die Völker“, müssen die Hauptakteure für eine Erneuerung der Vereinten Nationen sein.

Als das System der Vereinten Nationen geschaffen wurde, dominierten die Nationalstaaten, einige von ihnen Kolonialmächte. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Exekutive, die Bürger schützen und ihr Leben verbessern zu können, war groß, und die internationale Zusammenarbeit wurde in erster Linie als ausschließliche Angelegenheit der Regierungen gesehen. Heute gibt es ein weltweites Bewußtsein, daß die Gesellschaft insgesamt eine Rolle bei ihrer eigenen Umwandlung übernehmen muß, denn der einzelne möchte und kann für sein eigenes Leben grö-

ßere Verantwortung übernehmen. Diese Entwicklung gibt der internationalen Zusammenarbeit eine neue und positive Dimension.

Sie selbst, Herr Generalsekretär, haben in Ihrer „Agenda für den Frieden“ betont, daß die Parlamentarier an den Bemühungen beteiligt werden sollten, die Weltorganisation in die Lage zu versetzen, die Besorgnisse und Interessen einer größtmöglichen Zahl von Menschen zu äußern und zu vertreten.

Parlamente, welche die öffentliche Meinung sowohl lenken als auch widerspiegeln und welche die natürlichen und institutionellen Vertreter der Völker sind, verabschieden nicht nur nationale Gesetze, ohne welche keine internationalen Aktionen verwirklicht werden könnten, sie stimmen auch über die Mittel ab, welche die internationale Gemeinschaft benötigt, um handeln zu können. Sie spielen daher eine wichtige Rolle bei der internationalen Zusammenarbeit, welche eine bessere Welt für morgen bringen soll. Daher müssen wir Mittel und Wege finden, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union als der Weltorganisation der Parlamente sicherzustellen. Wie Sie wissen, hat die IPU auf ihrer letzten Konferenz unmißverständlich die Absicht zum Ausdruck gebracht, ein offizielles Abkommen zwischen den beiden Organisationen zu treffen. Wir begrüßen es, daß eine Reihe von Regierungen vorgeschlagen hat, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Tagung der Generalversammlung zu setzen. Wir freuen uns darauf, innovative Ideen im Hinblick auf den Inhalt dieser Zusammenarbeit in den kommenden Monaten zu entwickeln, damit der Text eines offiziellen Abkommens auf der Sitzung der Generalversammlung im nächsten Jahr verabschiedet werden kann.

Herr Generalsekretär,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer krassere Unterschiede bei der wirtschaftlichen Entwicklung, Umweltverschlechterung, Bevölkerungsexplosion sowie Auslandsschuldenlast der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder sind nicht zu übersehende Realitäten, und die Globalisierung könnte das Risiko in sich bergen, die Kluft zwischen Reich und Arm noch zu vergrößern.

Vielleicht ist es an der Zeit, ein weltweites Forum aufzubauen, welches eine treibende Kraft im wirtschaftlichen, sozialen und Umweltbereich sein kann. Einige haben sich für die Schaffung eines Sicherheitsrates für wirtschaftliche Fragen ausgesprochen, der auf höchster politischer Ebene zusammentreffen sollte und in der Lage wäre, die Kohärenz der politischen Ziele der großen internationalen Organisationen zu gewährleisten, welcher politische Anstöße geben und den Konsens bei internationalen Wirtschaftsfragen fördern sowie einen langfristigen strategischen und politischen Rahmen bieten könnte, um eine stabile, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dies ist ein Gedanke, der es verdient, eingehend geprüft zu werden.

Das traditionelle Konzept der globalen Sicherheit, welches auf die Sicherheit der Staaten begrenzt ist,

muß dahingehend erweitert werden, daß auch die Sicherheit der Völker und die der Umwelt miteingeschlossen sind. Im 21. Jahrhundert ist die Welt zu klein und zu bevölkert geworden, die Bevölkerungen zu vermisch und zu sehr voneinander abhängig, die Waffen zu tödlich, als daß es bei einem Krieg noch einen Sieger geben könnte. Das Hauptziel jeder globalen Sicherheitspolitik sollte daher darin bestehen, bewaffnete Konflikte und Kriege zu verhindern und die Umwelt im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu erhalten und zu fördern.

Darüber hinaus müssen die Vereinten Nationen in der Lage sein, bereits im Anfangsstadium einer Krise glaubwürdige und wirksame Truppen zur Wiederherstellung des Friedens zu entsenden, und die internationale Staatengemeinschaft muß bereit sein, kurzfristig angemessene finanzielle Mittel für die Friedenserhaltung zur Verfügung stellen und hierfür insbesondere einige der Ressourcen einsetzen, die dank der Verringerung der Verteidigungsausgaben freigesetzt wurden. Die internationale Staatengemeinschaft muß auch ihre Bereitschaft bekräftigen, sich für eine schrittweise und weltweite Beseitigung der nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen aller Staaten einzusetzen und ein 10- oder 15jähriges Programm zur Verwirklichung dieses Zieles einzuleiten.

Dies ist zweifellos die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß zur Verwirklichung ihrer Ziele in den zahlreichen Bereichen ihrer Aktivitäten die Vereinten Nationen in der Lage versetzt werden müssen, sich auf angemessene, verlässliche und vorhersehbare Ressourcen zu stützen.

Das sich abzeichnende globale Sicherheitskonzept muß geleitet sein von einer neuen Ethik, welche auf rechtsstaatlichen Grundsätzen basiert. Die derzeitigen Schwächen des internationalen Rechtssystems spiegeln größtenteils Schwächen des internationalen Systems insgesamt wider. Die Welt muß dafür Sorge tragen, daß globale Sicherheit ihren Ausdruck findet durch Rechtsstaatlichkeit und nicht durch Unrechtmäßigkeit. Durch Regeln, die von allen respektiert werden müssen und durch die Tatsache, daß alle, einschließlich der Schwächsten, vor dem Gesetz gleich sind und daß keiner, einschließlich der Mächtigsten, über dem Gesetz steht.

In Ihrer „Agenda für den Frieden“, haben Sie, Herr Generalsekretär, erklärt, daß „die Grundsätze der Charta konsequente, nicht selektive Anwendung finden müssen, denn sollte der Eindruck entstehen, daß letzteres der Fall ist, wird das Vertrauen und damit die moralische Autorität schwinden, die der größte und einzigartigste Wert dieses Vertragswerkes ist.“ Dieses Prinzip sollte maßgebend sein für den Sicherheitsrat bei seiner Beschlußfassung.

Der Sicherheitsrat sollte auch den Internationalen Gerichtshof häufiger um Stellungnahmen ersuchen, und in speziellen Fällen davon absehen, völkerrechtliche Beschlüsse zu treffen.

Die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes würde dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit größeres Gewicht verleihen. Einige fragen, weshalb

ein Ad-hoc-Gerichtshof für den jugoslawischen Konflikt geschaffen worden ist, während andere schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht derzeit oder früher in einem anderen Rahmen verfolgt werden oder wurden. Es ist genau diese offensichtliche Selektivität, die durch einen Ständigen Gerichtshof vermieden werden könnte.

Die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zeigen eindeutig, daß die Gründer der internationalen Organisation sich voll und ganz bewußt waren, daß die Beachtung der grundlegenden Rechte ein zentrales Element bei der Schaffung einer gerechten und stabilen Weltordnung ist.

Im Verlauf der letzten Hälfte des Jahrhunderts wurden beachtliche Fortschritte in diesem Bereich erzielt dank der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und späterer damit in Verbindung stehender Konventionen.

Wenn es bei den Menschenrechtsnormen auch beträchtliche Fortschritte während dieser Zeit zu verzeichnen gab, so läßt doch die Anwendung dieser Normen viel zu wünschen übrig. Ethnische Säuberung, sei es in Bosnien oder Ruanda zum Beispiel, die in bestimmten Zeiten fast zum Völkermord ausartete, war nicht nur eine einfache Begleiterscheinung des Krieges, sondern war nichts anderes als Hauptursache und Hauptziel. Darüber hinaus scheinen die Vielfalt der neuen internationalen Quellen für Unsicherheit, wie Terrorismus, und die immer größer werdende Liste der unvorhersehbaren Herausforderungen transnationaler Art, wie Umweltzerstörung, in vielen Ländern immer größer zu werden. Trotz einiger begrüßenswerter demokratischer Fortschritte fehlt es in vielen Staaten noch an rechenschaftspflichtigen Regierungen und Pluralismus, werden regelmäßige Wahlen verweigert oder ausgesetzt und die politische Opposition unterdrückt.

Die Demokratie ist im wesentlichen der Ausdruck des Grundsatzes der Gleichheit, des Rechts aller Frauen und Männer, für sich selbst sprechen und frei entscheiden zu können. Die Demokratie ist der Rahmen, innerhalb dessen die grundlegenden Rechte der Bürger am besten gewährleistet werden, und sie ist das Fundament für dauerhaften Frieden und Stabilität. Die Demokratie ist das Maß für die Fortschritte, die die Weltgemeinschaft im Hinblick auf Frieden und Wohlstand erreicht hat.

Ohne Demokratie wird es keine dauerhafte Entwicklung geben. Ohne Entwicklung kann es keine Demokratie geben, und Völker, deren Lebensbedingungen nicht annehmbar sind, geraten leicht in Konflikte. Daher sind die drei großen Prioritäten – Frieden, Entwicklung und Demokratie – unauflösbar miteinander verbunden.

Es ist Aufgabe der Parlamente, Gesetze zu verabschieden, die die grundlegenden Rechte und Freiheiten garantieren. Daher nimmt die Förderung der Demokratie allerhöchsten Stellenwert für die IPU ein, welche beabsichtigt, in nächster Zeit eine allgemeine Erklärung über Demokratie zu erarbeiten. Dies wird sicherlich eine große Herausforderung sein, und ich bin zuversichtlich, daß wir auf die reichen politischen

Erfahrungen unserer Mitgliedsparlamente bauen können, damit unsere Anstrengungen von Erfolg gekrönt sein werden. Wir hoffen, daß eine solche Erklärung sowohl Überlegungen als auch Maßnahmen durch Regierungen zu diesem Thema im Rahmen der Vereinten Nationen anregen wird.

Ich bin sicher, daß ich im Namen aller hier spreche, wenn ich sage, wie leid es uns tut, daß keine Vertreter des Kongresses der Vereinigten Staaten hier anwesend sein konnten, denn wir hätten mit großer Freude und Interesse gehört, was sie zu sagen haben.

Ich möchte meine große Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß der amerikanische Kongreß, der über weitreichende Erfahrungen und Traditionen verfügt, zu unseren Anstrengungen beitragen wird, um Frieden und Demokratie zu fördern und damit generell zur Stärkung unserer Aktivitäten insgesamt beizutragen.

Wir müssen auch die Bedeutung einer Demokratisierung der internationalen Institutionen nach dem Beispiel der nationalen Ebene hervorheben. Dieses Konzept wirft die Frage der notwendigen Überprüfung der Beschlußfassung innerhalb des VN-Systems auf. Der derzeitige Mitgliederkreis und die Zusammensetzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geben die Realität der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der vergangenen 50 Jahre einfach nicht wieder. Eines der Schlüsselprobleme bei der Reform des VN-Systems liegt zweifellos darin, den Sicherheitsrat so zu gestalten, daß er die verschiedenen Entwicklungen der internationalen Realität besser wiedergibt. In gleichem Zuge sind Maßnahmen notwendig, damit die Generalversammlung ihre Glaubwürdigkeit und Autorität wiedergewinnt.

Herr Generalsekretär,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Bestreben, die internationalen Beziehungen wirksamer zu gestalten, ist Teil der fortdauernden Bestrebungen des Menschen, das Leben auf dem Planeten zu organisieren, und dies ist ein Prozeß, der immer weiter fortgeführt werden wird. Lassen Sie uns in diesem Sinne, bei diesem feierlichen Treffen der Vertreter der Völker der Vereinten Nationen, die Tür zu einer neuen Ära für die Vereinten Nationen aufstoßen. Es ist an der Zeit, daß die Staatengemeinschaft neue Ideen vorschlägt, neue Visionen entwickelt und ihr Eintreten für die Werte des Internationalismus und den Vorrang der Rechtsstaatlichkeit, welche Frieden, Entwicklung, Demokratie und die Menschenrechte garantiert, unter Beweis stellt.

Tagesordnungspunkt 2 **„Agenda für Demokratie, Frieden und nachhaltige Entwicklung“**

Abg. **Leni Fischer** hielt folgende Rede (Originalsprache: Englisch):

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Frieden und Sicherheit, wirtschaftlicher Fortschritt und Gerechtigkeit, Demokratie und die Verwirk-

lichung der Menschenrechte sind die Voraussetzungen, auf denen eine wirksame Weltinnenpolitik aufgebaut werden muß. Zwischenstaatliche Kriege, die zu verhindern nach dem Willen der Gründer der Vereinten Nationen die wichtigste Aufgabe war, sind heute nicht mehr die weltpolitische Gefahr. Im Gegenteil: Die Welt ist seit 1945 weiter zusammengerückt und hat enorm an Interdependenz gewonnen. Die Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden lassen sich heute dementsprechend noch weniger nationalstaatlich begrenzen und regeln als vor 50 Jahren. Die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Ausweitung von ethnischen und religiösen Konflikten, die ganze Regionen in einen Strudel der Selbstzerstörung reißen, gefährden die Stabilität des internationalen Systems zwar nicht direkt, aber auf schleichende Weise. Das Risiko großflächiger Umweltkatastrophen, die Bekämpfung des internationalen Drogen- und Waffenhandels sowie des Terrorismus sind weitere Bereiche, die einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden müssen. Umfang und Ausrichtung der Reform der UNO stoßen jedoch auf eine grundsätzliche Schwierigkeit: Entgegen der allgemeinen Vorstellungen zieht die wachsende Interaktion und Interdependenz des internationalen Systems keineswegs eine zunehmende Zentralisierung nach sich, die schließlich in einem föderativen Weltstaat oder einem ähnlichen Gebilde ihren Abschluß findet, als deren Vorläufer die Vereinten Nationen verstanden werden könnte. Vielmehr gibt es machtvolle Gegenteilstendenzen der Dezentralisierung, Regionalisierung und im Extremfall der Fragmentierung. Die Konflikte im früheren Machtbereich der Sowjetunion, in Südosteuropa und Afrika sind hierfür blutiges Beispiel. Diese widersprüchliche Dynamik ist zweifellos mitverantwortlich für die erheblichen Schwierigkeiten, die im Hinblick auf die Fortentwicklung der Vereinten Nationen bestehen.

In seinem Tätigkeitsbericht vom 2. September 1994 hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros Ghali überzeugend dargelegt, daß Frieden, Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und Demokratie ineinandergreifende Dimensionen der Entwicklung sind. Frieden ist die Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

Der Schutz der Umwelt ermöglicht bestandsfähige wirtschaftliche Fortschritte. Demokratie setzt kreative Kräfte frei, die es gestatten, Entwicklungsschritte langfristig zu erreichen. Die Erkenntnis hat zugenommen, daß ein Mangel an Entwicklung, der u. a. in Armut, sozialer Ungerechtigkeit, politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Not zum Ausdruck kommt, seine Ursache bei einer Vielzahl von Konflikten hat. Erforderlich ist daher eine Ausrichtung der Politik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung an den Bedürfnissen der Menschen. Hierzu gehören sowohl die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen durch die Schaffung sozialer Sicherungssysteme als auch die Entwicklung neuer Konzepte in der Umwelt- und Energiepolitik sowie die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit beim globalen Umweltschutz. Was wir brauchen ist ein Ökologierat.

Abg. **Ingrid Becker-Inglau** hielt folgende Rede (Originalsprache: Englisch):

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„gäbe es die Vereinten Nationen nicht, man müßte sie erfinden!“ Mit diesem Dank ausdrückenden Kompliment für die in den letzten 50 Jahren geleistete Arbeit möchte ich nicht verdecken, daß es inzwischen erforderlich ist, in vielfältiger Weise über die Aufgaben, die notwendigen demokratischen und nachvollziehbaren Entscheidungswege und Entscheidungskompetenzen der UN und ihrer Untergliederungen nachzudenken und sie den neuen Herausforderungen entsprechend zu formulieren.

Dieses setzt voraus, daß die Mitgliedstaaten die Regeln, Entscheidungen, die Finanzierung der UN nicht nur anerkennen, sondern auch vollziehen.

Das hat auch eine besondere Bedeutung für den Bereich einer nachhaltigen und effizienten Entwicklungszusammenarbeit.

Meine kurze Redezeit möchte ich der Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit widmen, weil hierbei in Zukunft von der UN eine besondere Koordinierung und Kontrolle ausgeübt werden muß.

Bei der Vergabe multilateraler, bilateraler und europäischer Entwicklungshilfemittel für Programme der technischen und finanziellen Zusammenarbeit ist Kooperation angesagt, wenn die Mittel der breiten Bevölkerung zugute kommen und ihr helfen sollen, aus eigener Kraft ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die internationale Zusammenarbeit muß sicherstellen, daß die Selbstbestimmung der Völker und die Achtung vor ihrer Geschichte und Kultur garantiert wird. Die Höhe und Art der Leistungen soll von der Durchsetzung von Demokratie, der Achtung der universalen Menschenrechte und der Gewährleistung von Rechtssicherheit abhängig gemacht werden.

Dazu sind einheitlich anerkannte Maßstäbe und Kriterien, an denen sich alle orientieren, festzulegen. Über diese Einhaltung zu wachen, kann nur Aufgabe der UN sein. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen im Lande ergeben, daß Frauen und Männer, Mädchen und Jungen unabhängig von religiösen oder ethnischen Eigenarten gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben. Der Aufbau und Ausbau eines Gesundheits- und Bildungswesens und sich daran anschließende Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten müssen Grundlage und Chance für ein eigenständiges Leben der Menschen sein. Ebenso wichtig ist die Einführung bzw. der Ausbau von sozialen Sicherungssystemen, die eine Familienplanung ermöglichen, ohne zusätzliches Bevölkerungswachstum. Damit wird deutlich, Nachhaltigkeit von Entwicklungspolitik ist nur erreichbar durch Partizipation derjenigen, denen geholfen werden soll.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Tagesordnungspunkt 3

„Stärkung und Demokratisierung der Strukturen für die internationale Zusammenarbeit“

Abg. **Leni Fischer** hielt folgende Rede (Originalsprache: Englisch):

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

übrig geblieben ist derzeit die Ernüchterung, daß die internationale Staatengemeinschaft militärische unbedeutende Staaten in ihre Schranken zu weisen vermag, sofern sie sich zu koordinierten Aktionen bereitfindet. Dagegen zeigt sie sich machtlos, Bürgerkriege, ethnische Säuberungen und Aggressionen mittelgroßer, hinreichend bewaffneter Staaten zu verhindern oder zu beenden. Die erneut aufgelebte Diskussion über Reformen der UNO zeigt das die derzeitige Ausprägung ihrer Organisation den heutigen Aufgaben und Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Weder lassen die komplizierten Abstimmungsstrukturen ein rasches Handeln zu, noch ist dem Generalsekretär die Möglichkeit eingeräumt, präventiv tätig zu werden. Eine der größten Zwangslagen demokratischer Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges ergibt sich aus der Schwierigkeit der Regierenden, die Unterstützung der Öffentlichkeit für einen etwaigen Einsatz der Streitkräfte zu mobilisieren, wenn die Wählerschaft sich nicht direkt bedroht fühlt.

Nicht, daß die Öffentlichkeit in vielen Staaten nicht entsetzt und schockiert wäre von den schrecklichen Bildern, die täglich die Bürger erreichen. Die Schande liegt darin, daß sich Regierungen so schwer tun, ihre Wähler zu überzeugen, daß es moralische und strategische Gründe gibt, Leben für etwas zu riskieren, das in einem fernen Land geschieht, von dem die meisten Menschen kaum etwas wissen. Daher besteht die zentrale Notwendigkeit, neue außenpolitische Ziele für die gewandelte Situation nach dem Ende des Kalten Krieges zu definieren und ein geeignetes Instrumentarium zu schaffen.

In der Vergangenheit war die Basis eine Kombination aus strategischem Denken und politischem Konsens, der die Androhung und eventuelle Anwendung von Gewalt aus strategischen wie auch moralischen Gründen rechtfertigte. Politiker und Wähler waren weitgehend darüber einig, daß Werte und Ideen und nicht nur strategische Interessen auf dem Spiel standen.

Die gestrigen militärischen Angriffe der NATO im Auftrag der Vereinten Nationen auf Stellungen der bosnischen Serben in der Umgebung von Sarajevo waren eine notwendige und konsequente Reaktion der Staatengemeinschaft auf den letzten Artillerieangriff der Serben auf den Marktplatz von Sarajevo vergangenen Montag, wo wieder einmal, wie schon ein Jahr zuvor, so viele Zivilisten, ältere Menschen, Frauen und Kinder einen grauenhaften Tod erlitten und wo so viele Opfer schwerwiegend verletzt wurden. Die Vereinten Nationen haben gestern eindeutig die bosnischen Serben als die Verantwortlichen für diesen brutalen Gewaltakt bezeichnet. Dies erforderte wirklich eine harte Reaktion der Staatengemeinschaft, die dann schließlich auch erfolgte. Un-

sere Sympathie gilt den Opfern auf seiten der französischen, britischen, holländischen und spanischen Staatsbürger und jenen Nationen, die ihre Söhne und Töchter entsandt haben, um Frieden in diesen Teil Europas herbeizuführen. Es gibt nur einen Weg, um dieses Problem zu lösen, und das ist der Verhandlungstisch. Die amerikanische Initiative, die auf dem Friedensplan der Kontaktgruppe basiert, ist ein guter Ausgangspunkt hierfür.

Ich sehe hier die Möglichkeit, neben einer engeren Verflechtung der UNO mit regionalen Organisationen (z. B. OSZE, Europäische Union, ASEAN) durch eine stärkere parlamentarische Begleitung die Arbeit der UNO zu unterstützen. Daher begrüße ich alle Anstrengungen zur Herbeiführung eines Kooperationsübereinkommens zwischen den Vereinten Nationen und der IPU.

Abg. **Dieter Schloten** hielt folgende Rede (Originalsprache: Englisch):

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich spreche hier und heute für ein Land, das den Ersten Weltkrieg maßgeblich mit- und den Zweiten Weltkrieg allein verursacht hat. Die Völkergemeinschaft mußte sich gegen die Deutschen zusammenschließen, um Freiheit, Menschenrechte und Demokratie wiederherzustellen. Die Staaten und ihre Politiker sollten gelernt haben, daß Nachgiebigkeit gegenüber Aggressoren verhängnisvolle Folgen hat. Eine Folge ist der Niedergang internationaler Organisationen. Sollten uns im Umgang mit Bosnien nicht die Worte des südafrikanischen Politikers Jan C. Smuts nachdenklich stimmen, der auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen am 1. Mai 1945 gesagt hat:

„Heute ist es Mode geworden, den Völkerbund gering zu achten oder ihn gar zu schmähen (...) Der Völkerbund war in allen seinen Bemühungen um die Lösung humanitärer Aufgaben bemerkenswert erfolgreich. (...) (Aber:) Er versagte in einer Hinsicht vollkommen, und zwar bei seiner wichtigsten Aufgabe: Er hat den Krieg nicht verhindert, er verhinderte nicht die unrechtmäßige Aggression.“

Wir dürfen nicht zulassen, daß der Krieg in Bosnien ein Menetekel für die Vereinten Nationen wird.

Mein Appell richtet sich an die Bosnien-Kontaktgruppe alle – ich wiederhole – alle Mittel auszuschöpfen, die das UNPROFOR-Mandat und die UNO-Charta vorsehen, um das Blutvergießen zu beenden. Dies setzt voraus, daß sich alle Mitglieder im Sicherheitsrat ihrer völkerrechtlichen Verantwortung bewußt werden und nationale Erwägungen zurückstellen. Ich erinnere an das schockierende Bild der Geiselnahme von Blauhelmen durch die bosnischen Serben und daran, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem Brief an die Generalversammlung zur Verteidigung der UN-Schutzzonen 37 000 Soldaten angefordert hat. Bekommen hat er 7 000. Das Ergebnis ist uns allen gegenwärtig: Srebrenica und Zepa fielen in die Hände der bosnisch-serbischen Aggressoren. Die Einwohner wurden vertrieben und zum Teil ermordet.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wird die UNO als Hoffnungsträger einer neuen internationalen Friedensordnung demontiert, und zwar von den wegen Völkermords, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit international gesuchten politischen und militärischen Führern der bosnischen Serben. Wie soll die UNO in Zukunft noch glaubwürdig für den Schutz der Menschenrechte, wirkungsvoll für Umwelt und Entwicklung auftreten, wenn sie nicht mehr ernst genommen wird?

Von dieser IPU-Konferenz sollte das Signal ausgehen:

Es muß gehandelt werden, viel Zeit ist verstrichen, zu viele Opfer sind zu beklagen, aber für die Lebenden ist es noch nicht zu spät!

Schlußsitzung mit Annahme der Schlußerklärung

Die Schlußerklärung wurde in der Sitzung am 1. September 1995 vom Berichterstatler des Drafting Committee, **Sir Michael Marshall**, vorgestellt.

Das Schlußdokument mit dem Titel „Die parlamentarische Vision für internationale Kooperation im 21. Jahrhundert“ besteht aus einer Schlußerklärung und zusammenfassenden Erläuterungen. In der Schlußerklärung wird die besondere Rolle von Parlamenten und Parlamentariern bei der Umsetzung von Vereinbarungen der Regierungen in der Versammlung der Vereinten Nationen unterstrichen. Der Interparlamentarische Rat ermutigt die Vereinten Nationen, enger mit den Parlamenten zusammenzuarbeiten und spricht sich für eine förmliche Vereinbarung zwischen den Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union aus, um die Mitgliedsparlamente unmittelbarer an der internationalen Politik teilhaben zu lassen. Der Interparlamentarische Rat sieht es als wichtig an, daß gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um eine sicherere, gerechtere und freiere Welt zu schaffen. In den Erläuterungen des Schlußdokuments sind konkrete Vorschläge für künftige Aktionen enthalten, um diese Ziele zu erreichen. Diese Erläuterungen werden der besonderen Aufmerksamkeit der Regierungen und der Organisationen der Vereinten Nationen empfohlen (Abdruck der Schlußerklärung und Erläuterungen im Anhang S. 13).

In einer kurzen Schlußansprache betonte der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, **Joseph Verner Reed**, daß die Außerordentliche Sitzung des Interparlamentarischen Rates ein wichtiges Signal zur Stärkung der Beziehungen der Vereinten Nationen zur IPU gesetzt habe. Die IPU habe mit ihrer Tagung sowie mit ihrem Schlußdokument gleichzeitig einen wichtigen Input im Sinne der Reform der Vereinten Nationen gegeben.

Der Präsident des Interparlamentarischen Rates, der ägyptische Parlamentspräsident **Sorour**, hob in einer kurzen Schlußansprache besonders hervor, daß die Stimmen der Parlamentarier zum ersten Mal in den Gebäuden der Vereinten Nationen vernehmbar geworden seien. Mit der Außerordentlichen Sitzung des Interparlamentarischen Rates am Sitz der VN sei

ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der IPU aufgeschlagen worden. Es sei nun Sache der Parlamente und der Parlamentarier, für die im Schlußdokument in Bezug genommene parlamentarische Vision zu arbeiten.

Das Schlußdokument wurde in der Sitzung am 1. September im Konsens angenommen.

III. Sitzungen des Exekutivausschusses

Der Exekutivausschuß der IPU besteht aus dem Präsidenten und zwölf Mitgliedern. Seit der 86. Tagung in Santiago de Chile ist die Abg. **Leni Fischer** Mitglied im Exekutivausschuß. Der Exekutivausschuß ist das Lenkungsorgan der Interparlamentarischen Union.

Im Zusammenhang mit der Außerordentlichen Sitzung des Interparlamentarischen Rates in New York fungierte der Exekutivausschuß als Vorbereitungsausschuß und als Drafting Committee für die Schlußerklärung. Auf Anregung der Abg. **Leni Fischer** wurde für die Außerordentliche Tagung des Interparlamentarischen Rates die später angenommene Tagesordnung formuliert. Zur Vorbereitung des Schlußdokumentes wurden alle nationalen Delegationen aufgerufen, Beiträge vorzulegen. Die deutsche Delegation hatte die im Anhang (S. 23) beigefügte Skizze für ein Schlußdokument eingereicht.

Die Sitzungen des Exekutivausschusses in New York fanden am 29. und 31. August sowie am 1. September 1995 unter Vorsitz des Präsidenten des Interparlamentarischen Rates, des ägyptischen Parlamentspräsidenten Sorour, statt. In diesen Sitzungen ging es vor allem um folgende drei Themen:

Zum einen um die Beratung des Schlußdokuments. Dazu hatte das Internationale Sekretariat der IPU einen Vorentwurf vorgelegt, welcher im Exekutivausschuß intensiv beraten wurde. Auf deutsches Drängen hin wurde dieser Entwurf in einer Reihe von Punkten geändert bzw. präzisiert. Diese Punkte betrafen insbesondere die Frage der Reform der Vereinten Nationen, das Problem der Atomwaffenversuche, die Lage in Bosnien-Herzegowina sowie die weiteren Arbeiten der IPU an einer „Agenda for democracy“.

Weiterer wichtiger Beratungsgegenstand war das beabsichtigte Übereinkommen zwischen der IPU und den Vereinten Nationen. Dazu hörte der Exekutivausschuß einen Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung Ägyptens bei den Vereinten Nationen, Botschafter **Dr. El Arabi**. Botschafter El Arabi schilderte den gegenwärtigen Stand der Entwicklung und wies darauf hin, daß die Frage der Zusammenarbeit zwischen VN und IPU Bestandteil der vorläufigen Tagesordnung der 50. Vollversammlung der Vereinten Nationen sei. Während der Beratung im Exekutivausschuß konnte Einigkeit über den Text des Entwurfs einer Resolution zur Zusammenarbeit zwischen den VN und der IPU erzielt werden, welcher den VN-Missionen der im Exekutivausschuß vertretenen Länder zugeleitet werden soll.

Mit Bedauern hat der Exekutivausschuß vermerkt, daß der US-Kongreß während der Außerordentlichen

Sitzung des Interparlamentarischen Rates in New York nicht vertreten war. Dies gab Anlaß zu einer generellen Diskussion über die Situation der amerikanischen interparlamentarischen Gruppe. Es wurde bekannt, daß im Rahmen des „Foreign Relations Revitalization Act of 1995“ der Rückzug des US-Kongresses aus der IPU geplant sei. Angesichts des hohen finanziellen Beitrags der USA zur IPU (nahezu 15%) würde dies die IPU vor schwerwiegende finanzielle Probleme stellen. In der Sitzung des Exekutivausschuß am 1. September 1995 wurde der Generalsekretär der IPU deswegen beauftragt, für die nächste Sitzung in Bukarest einen Situationsbericht mit den Auswirkungen auf das Budget der IPU vorzulegen.

IV. Sitzungen der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus

Die Sitzungen der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus fanden am 30. und 31. August sowie am 1. September 1995 unter Vorsitz des kanadischen Senators **Peter Bosa** statt. Für die deutsche Delegation nahmen daran die Abgeordneten **Leni Fischer** und **Dieter Schloten** teil.

Die Sitzungen dienten in erster Linie der Vorbereitung und Begleitung der Arbeiten der Außerordentlichen Ratstagung der IPU aus der Sicht der Gruppe der Zwölf plus. Über die fünf Mitglieder der Zwölf plus im Exekutivausschuß (neben Deutschland Ungarn, Schweden, Slowenien und Island) konnte auch während der Außerordentlichen Tagung des Interparlamentarischen Rates in New York eine intensive Rückkopplung sichergestellt werden. Die Mitglieder der Zwölf plus wurden durch ihre im Exekutivausschuß vertretenen Mitglieder kontinuierlich und aktuell über die dortigen Debatten informiert, umgekehrt konnten diese Mitglieder ihre Änderungsvorschläge für das Schlußdokument großenteils mit Rückendeckung der einflußreichen Gruppe der Zwölf plus vortragen. Breiten Raum in der Diskussion nahmen die französischen Atomtests ein. Besonders die Vertreter Neuseelands und Norwegens setzten sich für sehr weitgehende Verurteilungen ein. Einer Arbeitsgruppe der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus ist es unter maßgeblicher Beteiligung von Abg. **Schlöten** gelungen, die Fronten zu enthärten. Abg. **Schlöten** schlug einen Text vor, der sowohl von Neuseeland, als auch von Norwegen sowie von Frankreich und der ganzen Gruppe der Zwölf plus akzeptiert wurde und als Paragraph 13 Eingang in das Schlußdokument gefunden hat.

Wichtige Themen der Parlamentarier der Zwölf plus waren darüber hinaus das beabsichtigte Übereinkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der IPU sowie die Situation der amerikanischen IPU-Gruppe und der Auswirkungen des Verhaltens der Mitglieder des US-Kongresses auf Finanzen und Arbeit der IPU. Die Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus sind übereingekommen, alles zu unternehmen, um die Mitglieder des US-Kongresses in die Arbeit der IPU einzubinden. Dazu wurde ein Aktionsplan vereinbart, der ein

einheitliches Vorgehen der in der Gruppe der Zwölf plus verbundenen Länder sicherstellen soll.

Der Vorsitzende der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus, der kanadische Senator **Peter Bosa**, legte besonderen Wert auf eine Analyse der finanziellen Situation der IPU. Unter Hinweis auf die schwierige Haushaltslage in den meisten Mitgliedsländern der Gruppe der Zwölf plus und die Notwendigkeit von Personaleinsparungen in diesen Ländern warb der Vorsitzende um ein möglichst geschlossenes Vorgehen hinsichtlich künftiger Haushalte der IPU. Steigerungen im Verwaltungsbereich seien aus seiner Sicht angesichts der geschilderten Situation nicht mehr länger hinnehmbar.

Die Mitglieder der Parlamentarier der Gruppe der Zwölf plus kamen überein, für die während der nächsten IPU-Tagung in Bukarest anstehenden Wahlen zum Exekutivausschuß eine Kandidatur des italienischen Senators **Roland Riz** zu unterstützen. Mit Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, daß Kanada auch im Jahre 1996 den Vorsitz in der Zwölf plus wahrnehmen könne.

V. Zusammenfassung

Die Außerordentliche Sitzung des Interparlamentarischen Rates am Sitz der Vereinten Nationen war ein Erfolg. Zum ersten Mal in der Geschichte der IPU konnte diese älteste interparlamentarische Versammlung eine Konferenz am Sitz der Vereinten Nationen abhalten. Damit ist es der IPU gelungen, ihr Selbstverständnis als „Weltparlament“, bzw. als parlamentarischer Counterpart der Vereinten Nationen deutlich unter Beweis zu stellen. Daß dies nicht nur unter Duldung der Vereinten Nationen, sondern auf Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen möglich war, wurde von vielen Rednern als ermutigendes Zeichen für die weitere Zusammenarbeit zwischen IPU und VN gewertet. Insofern hat der Präsi-

dent des Interparlamentarischen Rates, der ägyptische Parlamentspräsident Sorour, in seinem Schlußwort zurecht von einem neuen Kapitel gesprochen, welches in den Beziehungen zwischen IPU und VN aufgeschlagen worden sei. Die gewachsenen Beziehungen zwischen beiden Organisationen wurden aber nicht nur optisch deutlich, sondern auch politisch. So hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit seiner Ansprache die Mitglieder der IPU zum ersten Mal überhaupt angesprochen. Sein Wort von der „Kultur der Demokratie“, welche es zu verbreiten gelte, zielte unzweideutig auf die Bedeutung der Parlamente und der Parlamentarier. Diese Ausführungen betrafen den Tagesordnungspunkt 2 der Konferenz, in welchem sich die IPU zum Ziel gesetzt hat, Arbeiten an einer „Agenda for democracy“ aufzunehmen. Noch deutlicher wurde dies im Bericht des Generalsekretärs vom 7. August 1995 über die „Unterstützung der Bemühungen der Regierungen um die Förderung und Konsolidierung neuer oder wiederhergestellter Demokratien durch das System der Vereinten Nationen“, in welchem die besondere Bedeutung von Parlamenten und Parlamentariern im Demokratisierungsprozeß unterstrichen wird. Die IPU, so heißt es in dem Bericht wörtlich (§ 85) sei ein besonders wichtiger Partner der Vereinten Nationen in dieser Beziehung. Das Schlußdokument (§ 34) reflektiert diese Zusammenhänge, in dem es diesen Bericht des Generalsekretärs als Kern einer „Agenda for democracy“ ansieht, welche es unter Einschluß der IPU zu erschaffen gelte. Das Schlußdokument macht schließlich den Willen der IPU sehr deutlich, im Rahmen der Demokratisierung der Vereinten Nationen eine Rolle zu spielen. Der in Kopenhagen und in Madrid fortgeführte Diskussionsprozeß über das Verhältnis der IPU zu den Vereinten Nationen hat in New York eine neue Dimension erfahren. Daß das Vorhaben eines förmlichen Übereinkommens über die Zusammenarbeit zwischen IPU und VN ausgerechnet in New York so intensiv diskutiert werden konnte, ist von vielen Rednern als hoffnungsvolles Zeichen gewertet worden.

15. September 1995

Leni Fischer
Leiterin der Delegation

Dieter Schlöten
Stellvertretender Leiter der Delegation

VI. Anhang

Anhang 1

Die parlamentarische Vision für die internationale Zusammenarbeit auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Einstimmig verabschiedete Abschlusserklärung anlässlich der Sondersitzung des Interparlamentarischen Rates zum 50jährigen Bestehen der Vereinten Nationen

1. Es ist ein halbes Jahrhundert her, daß „wir, die Völker der Vereinten Nationen“ auf Beschluß der damaligen Regierungen mit unseren gemeinsamen Anstrengungen zur Wahrung der Sicherheit und Förderung des Weltfriedens, zur Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen sowie zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts aller Menschen begannen. Auf diese Weise entstanden die politischen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen.
2. Heute wollen wir, die Mitglieder der Parlamente, die vom Volk zur Kontrolle der nationalen Regierungen gewählt wurden, diese ehrgeizige Vision und die gemeinsamen Ziele erneut bekräftigen, die die Verfasser der UN-Charta verfolgten. Die Vereinten Nationen mit all ihren Gremien verkörpern eine große Idee, die der Weltgemeinschaft. Wir wollen uns künftig gemeinsam mit unseren Ländern der Stärkung der Beziehungen innerhalb dieser Gemeinschaft widmen.
3. Der Begriff *Weltgemeinschaft* ist heutzutage zweifellos Realität. Die Menschen sind über nationale Grenzen hinaus durch gemeinsame Kommunikations- und Informationsnetze, Produktion und Handel, weltweiten Reiseverkehr und Bevölkerungsbewegungen miteinander verbunden. Ideen und Nachrichten, Waren und Kapital, Touristen, Flüchtlinge und Auswanderer passieren die Grenzen mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit. Dies gilt auch für Krankheiten, Drogen, Umweltverschmutzung und finanzwirtschaftliche Umbrüche. Die nationale Souveränität ist heutzutage nicht durch weltweite multilaterale Institutionen bedroht, sondern durch die Probleme und Kräfte, die über die Staatsgrenzen hinwegfegen und von einer Regierung alleine nicht mehr kontrolliert werden können.
4. Schon vor mehr als 100 Jahren haben weitblickende Parlamentarier erkannt, daß die Menschheit ein gemeinsames Interesse an der Wahrung des Friedens, der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und der Schaffung eines funktionierenden internationalen Apparates zur Durchsetzung dieser Ziele hat. Zu diesem Zweck gründeten sie die erste Institution für multilaterale Zusammenarbeit, die Interparlamentarische Union. Seit dieser Zeit haben sich die *Strukturen für internationale Zusammenarbeit* weiterentwickelt, und heute bietet das System der Vereinten Nationen die Möglichkeiten zur Durchsetzung unserer gemeinsamen Ziele.
5. Die Weltorganisation hat über die Jahre hinweg erfolgreich völkerrechtliche Bestimmungen festgelegt, internationale Standards geschaffen und internationale Programme in allen Bereichen des menschlichen Lebens entwickelt. Wir müssen jedoch erkennen, daß dieses System nur über begrenzte Macht verfügt. Die *Vereinten Nationen* sind keine Weltregierung. Die Regelung des Alltagslebens der Völker der Welt ist eine Aufgabe, die den nationalen Parlamenten nicht abgenommen werden kann, die ihren Bürgern näher und direkt verantwortlich sind. Es ist zu Recht unsere Aufgabe, für unser jeweiliges Land zu entscheiden, ob wir verbindliche internationale Verpflichtungen eingehen sollen und wie diese durchzusetzen sind.
6. Das Ende des Kalten Krieges weckte Hoffnungen auf ein stärkeres Gefühl der Gemeinsamkeit und verstärkte multilaterale Zusammenarbeit. Die letzten Jahre waren jedoch durch das erneute Aufkommen eines engstirnigen Nationalismus gekennzeichnet, der zwischen- und innerstaatliche Konflikte verschärft und einen beunruhigenden Trend weg von multilateralen Konzepten gefördert hat. Aus diesem Grund hat die internationale Gemeinschaft die dringende und unbedingte Pflicht, diesen Trend umzukehren und den Sinn für gemeinsame Ziele zu stärken, damit eine Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme, die sich der Menschheit heute stellen, möglich wird. Deshalb möchten wir *in aller Form zu einem verstärkten Engagement für eine multilaterale Zusammenarbeit aufrufen*.
7. Gemeinsame Anstrengungen sind heute dringend erforderlich, um für mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit auf der Welt zu sorgen. In der als Anlage beigefügten *Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen* haben wir einen Aktionsplan aufgestellt, der ausführliche Vorschläge für künftige internationale Maßnahmen zur Durchsetzung dieser edlen Ziele durch die Förderung von Frieden und Sicherheit, nachhaltiger menschlicher Entwicklung sowie Menschenrechten und Demokratie enthält. Der Interparlamentarische Rat wird diese Ergebnisse und Empfehlungen den Regierungen und den Organisationen der Vereinten Nationen zur Kenntnisnahme vorlegen.
8. Bei den Vorbereitungen auf die Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts müssen wir erkennen, daß vieles *im System der Vereinten Nationen einer Reform bedarf*. Wir glauben jedoch, daß die plumpe Verweigerung finanzieller Mittel noch keine Reformen bewirkt; es ist vielmehr davon aus-

zugehen, daß Reformen ihrerseits zu Einsparungen führen können. Viel zu viele Gremien müssen kaum Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen, und sind weder den zentralen politischen Organen der Vereinten Nationen noch den gewählten Oberhäuptern der Mitgliedstaaten verantwortlich. Wir fordern die Einführung strengerer Verfahren hinsichtlich der Rechenschaftspflicht, gekoppelt mit einem systematischen Vorgehen zur Straffung des Systems und zur Abschaffung von Überhangmandaten.

9. Das System der Vereinten Nationen beruht auf einer Kombination von *festen und freiwilligen Beitragszahlungen* der Mitgliedstaaten zur Finanzierung seiner Aktivitäten. Als Parlamentarier sind wir uns in besonderem Maße der Notwendigkeit bewußt, die finanziellen Ressourcen möglichst nutzbringend einzusetzen, und stimmen im Namen der Bürger dafür, sie für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Wir fordern von den internationalen Organisationen, die wir mit unseren Steuern unterstützen, einen hohen Leistungsstandard, der nicht geringer sein darf als für nationale Programme. Wir anerkennen die Verpflichtung der gesetzgebenden Organe aller Mitgliedstaaten, die Beiträge, die ihren ordnungsgemäß festgelegten Anteil an den Organisationskosten darstellen, vollständig und pünktlich zu zahlen. Wir müssen dafür sorgen, daß alle unsere Regierungen ihren finanziellen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit der Charta nachkommen.

10. Was die Vereinten Nationen betrifft, so braucht die *Generalversammlung* frischen Wind und ihr müssen umfangreichere Befugnisse und mehr Effektivität verliehen werden. Dies gilt um so mehr für den *Wirtschafts- und Sozialrat*, zu einem Zeitpunkt, wo eine effektive Koordinierung der internationalen Gremien, die sich mit komplexen wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Problemen befassen, immer dringender wird.

11. Der *Generalsekretär* muß größere Autorität ausüben können, um eine bessere Leistung der Mitarbeiter und Organe der Vereinten Nationen sicherzustellen, die bürokratische Starrheit zu überwinden und das globale Interesse klar und deutlich zu artikulieren, wenn die Oberhäupter der einzelnen Nationen sich in widersprüchliche und auf nationale Fragen beschränkte Themen verstricken sollten.

12. Der *Sicherheitsrat* hat in den letzten Jahren beträchtlich an Autorität und Glaubwürdigkeit gewonnen, weil seine Mitglieder den Sinn für das gemeinsame Ziel der Bekämpfung von Gefahren für Frieden und Sicherheit wiederentdeckt haben. Obwohl die verspätete Erfüllung des Mandats der Charta durch den Sicherheitsrat unseren Beifall findet, fordern wir eine Reform des Rates, um ihn repräsentativer zu gestalten und gleichzeitig seine Autorität und Effektivität zu wahren. Die Anzahl der Mitglieder des Rates muß erhöht werden, um mehr Staaten einzubeziehen; die Beratungen müssen transparenter und die Mechanismen demokratischer werden. Darüber hinaus ist es unbedingt erforderlich, Doppelstandards abzuschaffen und statt dessen die vollständige Umsetzung aller Resolutionen und Entscheidungen des

Rates sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für die beklagenswerte Situation in Bosnien-Herzegowina.

13. Die *Parlamente*, die sich aus Frauen und Männern zusammensetzen, die von den Völkern der einzelnen Nationen gewählt werden, spielen eine wesentliche Rolle bei der nationalen Umsetzung von Verpflichtungen, die von den Regierungen in den UN-Versammlungen übernommen werden. Die Parlamente vertreten den Willen des Volkes im politischen Prozeß jedes Landes. Aus diesem Grund möchten wir die Vereinten Nationen darin bestärken, enger mit den Parlamenten zusammenzuarbeiten, und fordern eine formelle Vereinbarung zwischen den Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union, daß die Parlamente der Mitgliedstaaten durch ihre Mitgliedschaft in der Union direkter in die politische Arbeit der internationalen Gemeinschaft eingebunden werden.

14. Seit ihrer Gründung waren die Vereinten Nationen die treibende Kraft für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und haben ein internationales Bewußtsein für so unterschiedliche Themen wie Umweltschutz, Seerecht, Gleichstellung von Mann und Frau oder die Rechte des Kindes geschaffen. Die UN hat in vielen Krisenherden den Frieden gesichert, den Prozeß der Dekolonialisierung überwacht, die Entwicklung gefördert und für den Schutz und die dringend erforderliche Unterstützung von Millionen in Not geratener Menschen in allen Teilen der Welt gesorgt. Gleichzeitig sind viele Versprechungen der Charta noch immer nicht erfüllt. Trotzdem sollte es laut der Charta im Rahmen der Vereinten Nationen geschehen, daß „wir unsere Anstrengungen verbinden“, um die gemeinsamen Ziele für die gesamte Menschheit zu erreichen. Die Interparlamentarische Union verpflichtet sich im Namen ihrer Mitgliedsparlamente, ihren Teil zur *Verwirklichung der Versprechungen der Charta* beizutragen und zu beweisen, daß die Vereinten Nationen sinnvoll und erfolgreich zur Bewältigung der Probleme beitragen können, die sich allen Völkern so kurz vor Anbruch des 21. Jahrhunderts stellen.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen

Einführung

1. Seit der Gründung der Vereinten Nationen vor 50 Jahren hat sich die Welt radikal verändert. In einem halben Jahrhundert hat sie sich in nahezu jeder Hinsicht gewandelt und zwar mit einer Geschwindigkeit, wie sie die Menschheit zuvor noch nie erlebt hat.

2. Die Welt ist gewachsen. Vor fünfzig Jahren bestand die Gemeinschaft der Staaten aus 66 souveränen Nationen. Heute sind es mindestens 190. Damals belief sich die Weltbevölkerung auf 2,5 Milliarden Menschen. Diese Zahl hat sich heute mehr als verdoppelt. Es ist zu einer bemerkenswerten Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Erträge und des Handels gekommen, wobei die Weltwirt-

schaft um das Sechsfache und der Welthandel um ein Mehrfaches gewachsen ist. Die Welt ist reicher geworden und das Pro-Kopf-Einkommen hat sich überall erhöht. Dennoch gibt es sowohl inner- als auch zwischenstaatlich große Ungleichheiten, und heute lebt rund ein Viertel der gesamten Weltbevölkerung in absoluter Armut.

3. Aber die Welt ist auch kleiner geworden. Die außerordentlichen Fortschritte in der Kommunikationstechnik machen es heute möglich, Entfernungen in nur wenigen Stunden zurückzulegen, für die vor 50 Jahren noch tage- und wochenlange Reisen erforderlich waren. Ereignisse auf der anderen Seite des Globus können während ihrer Entstehung direkt verfolgt werden. Die Welt von heute wird immer häufiger als globales Dorf bezeichnet, womit auf eine Welt angespielt wird, die immer näher zusammenrückt und in der die gegenseitigen Abhängigkeiten dramatischer denn je sind. Wirtschaftliche Aktivitäten jeglicher Art im In- und Ausland, sei es durch nationale oder internationale Unternehmen, Investitionen, Handel und den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr verbinden die einzelnen Länder auf der Welt ebenso wie das wachsende Bewußtsein, daß die Ressourcen der Erde begrenzt sind.

4. Die Welt hat sich weiterentwickelt, aber sie ist immer noch ein unsicherer Ort. Vor fünfzig Jahren war die Welt Zeuge der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und des Beginns des Kalten Krieges. Heute ist dieser Konflikt, der die internationalen Beziehungen seit dem zweiten Weltkrieg beherrscht hat, beendet. Dies gilt jedoch nicht für die Gefahren durch die Herstellung und Verbreitung von Kernwaffen. Sie bleiben bestehen, genau wie die Gefahren durch die Herstellung, Verbreitung und Verwendung von Minen, biologischen und chemischen Waffen und auch konventionellen Waffen jeglicher Art, einschließlich Handfeuerwaffen. Und obwohl bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Staaten heute recht selten sind, hat die Anzahl und Heftigkeit innerstaatlicher Konflikte dramatisch zugenommen und versetzt ganze Nationen in völlige Aufruhr.

5. Die weltweiten und internationalen Beziehungen sind unendlich viel komplexer als früher. Nicht nur der Ost-West-Konflikt wurde beigelegt, sondern auch die Zweiteilung der Welt beendet, die eine seiner Folgen war. Heute sind weder der Norden noch der Süden homogene Einheiten. Die Bevölkerung in Ländern jedes Erdteils wächst sehr unterschiedlich und durchläuft sehr unterschiedliche politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen. Heute gibt es im Süden Länder, die erheblich weiter entwickelt sind als einige Länder im Norden.

6. Die ganze Welt hat in hohem Maße von den Vereinten Nationen profitiert. Die Weltorganisation war die treibende Kraft für die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der anschließenden Entwicklung und Kodifizierung eines umfassenden Katalogs von Menschenrechten und Grundfreiheiten. Die Vereinten Nationen waren der Schmelztiegel, wo die Länder ein internationales Bewußtsein für so unterschiedliche Themen wie Umweltschutz, Seerecht, Gleichstellung von Mann und

Frau oder die Rechte des Kindes entwickelt und geschaffen haben. Die Vereinten Nationen haben in vielen Krisenherden den Frieden gesichert, den Prozeß der Dekolonialisierung überwacht, die Entwicklung gefördert und für den Schutz und die dringend erforderliche Unterstützung von Millionen von Flüchtlingen und anderer in Not geratener Menschen in allen Teilen der Welt gesorgt. Dennoch sind zum 50jährigen Bestehen der Vereinten Nationen noch immer viele Aufgaben unerledigt.

7. Dies sind die Herausforderungen am Vorabend des 21. Jahrhunderts: Die Schaffung einer Welt mit mehr Sicherheit, wo der Stärkere nicht automatisch im Recht ist, wo die gemeinsame Zukunft der Menschheit auf Zusammenarbeit und nicht auf Konfrontation und Unterdrückung aufbaut. Die Schaffung einer Welt mit mehr Gerechtigkeit, wo die materiellen Bedingungen für die Menschen verbessert werden und niemand Mangel leidet; wo das soziale Netz der Länder gefestigt und mit den begrenzten Ressourcen der Erde vernünftig umgegangen wird, zum Nutzen und Wohl aller. Und die Schaffung einer freieren Welt, die auf Gleichheit und voller Respektierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beruht.

Frieden und Sicherheit

8. Die Sicherung von Frieden und Sicherheit in diesem und im nächsten Jahrhundert ist eine gewaltige Herausforderung. Aber sie kann und muß bewältigt werden. Eine *Agenda für den Frieden* und deren Nachträge bilden eine wichtige Grundlage für künftige Maßnahmen, die unter Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten Jahre weiter ausgearbeitet werden muß. Obwohl mit Frieden und Sicherheit auch militärische Aspekte verbunden sind, kann das Streben nach einer Welt mit mehr Sicherheit nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschheit lernt, auch die wirtschaftliche, soziale, umweltpolitische und nicht zuletzt auch die menschliche Dimension zu begreifen und anzusprechen.

9. Frieden erfordert die Beendigung bestehender und die Vermeidung künftiger Kriege. Hierzu muß die Welt lernen, die zunehmende Anzahl von Konflikten innerhalb der Länder in den Griff zu bekommen, damit sich diese nicht zu einem charakteristischen Merkmal des kommenden Jahrhunderts entwickelt. Der Preis, den die betroffene Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft insgesamt für solche Auseinandersetzungen zahlen müssen, ist schon lange nicht mehr akzeptabel. Die Führer der Parteien in bestehenden oder bevorstehenden Konflikten, die sich durch die Aussicht auf einen möglichen Sieg durch Waffengewalt verlocken lassen, müssen die kurz- und mittelfristigen Vorteile einer Lösung auf dem Verhandlungsweg gegen die Risiken eines militärischen Vorgehens abwägen, das immer eine wahllose und großflächige Zerstörung und sinnloses menschliches Leid zur Folge hat.

10. Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sollte als unrechtmäßig verurteilt werden. Streitkräfte sollten nicht eingesetzt werden, außer zum Zweck der rechtmäßigen Selbstverteidigung

oder im Interesse der internationalen Gemeinschaft insgesamt. So wie ihre Gründer es vor mehr als 100 Jahren taten, engagiert sich die IPU auch heute für politische Verhandlungen und Dialog anstelle von bewaffneten Auseinandersetzungen. In dieser Tradition fordert die IPU alle Parteien auf, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen und die vorhandenen internationalen Schiedsstellen und Tribunale zu diesem Zweck stärker zu nutzen, um auf diese Weise die Arbeit der Vereinten Nationen und insbesondere die in Abschnitt VI der UN-Charta vorgesehenen Aktionen zu unterstützen.

11. Heute sind Bestrebungen, eine auf Toleranz und Achtung des Völkerrechts basierende Welt zu schaffen, wichtiger als jemals zuvor. Die Menschenrechtsvereinbarungen bezüglich zwischen- und innerstaatlicher Konflikte müssen auf der ganzen Welt ratifiziert und ihre praktische Umsetzung auf nationaler Ebene durch wirkungsvolle Gesetze, Mechanismen und Programme sichergestellt werden. Die Vertragsstaaten verpflichten sich nicht nur, die Vertragsbestimmungen umzusetzen, sondern auch dafür zu sorgen, daß sie von anderen respektiert werden. Die Staaten müssen sich diesen Verpflichtungen im eigenen Land und im Ausland stellen.

12. Um die Einhaltung sicherzustellen, ist ein System mit strengeren Sanktionen erforderlich, was wiederum mit einer Inanspruchnahme der Justiz verbunden ist. Die vorhandenen Rechtsmittel können und sollten national und international in größerem Umfang als bisher genutzt werden, um die Beachtung des internationalen Rechts zu gewährleisten. Gerichtsverfahren sind auch für die Bestrafung von Kriegsverbrechern erforderlich. Straffreiheit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind absolut inakzeptabel, und es darf keine Gelegenheit versäumt werden, die Täter zu ergreifen und zu bestrafen. Um dabei erfolgreich zu sein, ist es auch erforderlich, den Grundsatz der persönlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unabhängig von der Art des Konfliktes zu wahren. Wir bestehen darauf, daß die Länder alle Möglichkeiten der vorhandenen nationalen Gesetze ausschöpfen und daß außerdem ein ständiges internationales Tribunal eingerichtet wird, vor dem Personen, die solcher Verbrechen verdächtigt werden, angeklagt werden können.

13. Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen auf regionaler und weltweiter Ebene wieder mit Nachdruck verfolgt werden und die totale Abschaffung von Kernwaffen unter wirkungsvoller internationaler Kontrolle zum Ziel haben. Die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages ist ein wichtiger Schritt, aber es ist dringend erforderlich, einen umfassenden Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests mit einer Nulloption bis 1996 und einen weiteren Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltfähigem Material für Kernwaffen oder andere nukleare Sprengkörper abzuschließen. Auf der Konferenz zur Überprüfung und Erweiterung des Atomwaffensperrvertrags 1995 haben sich die Atom-mächte verpflichtet, Kernwaffentests auf ein Mi-

nimum zu beschränken, bis ein umfassender Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests geschlossen wird. Im Hinblick auf die vor kurzem durchgeführten bzw. angekündigten Kernwaffentests fordern wir die Einlösung dieser Zusage. Außerdem muß daran gearbeitet werden, die atomwaffenfreien Zonen, die es bereits in einigen Gebieten gibt, weiter auszu-dehnen.

14. Die Rüstungskontrolle muß auch bei den konventionellen Waffen verstärkt werden. Unverhältnismäßig große Waffenlager führen regional und international zu einer Destabilisierung von Frieden und Sicherheit und haben negative Auswirkungen auf die nationale Stabilität sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Illegaler Waffenhandel hat besonders schädliche Folgen für die innere Stabilität eines Landes und die Einhaltung der Menschenrechte. Das bestehende Verzeichnis der Waffenlieferungen muß daher genutzt und vollständig transparent gemacht werden, indem ein brauchbares Register für die gesamte Produktion, Lagerung und Lieferung von Waffen erstellt wird.

15. Chemische und biologische Waffen sind besonders unmenschlich. Wichtige Schritte zu ihrer Vernichtung wurden durch die Beschlüsse der Konventionen über biologische und chemische Waffen unternommen, wobei die erstere noch einer Ergänzung durch Verifikationsmechanismen bedarf und die letztere noch in Kraft treten muß. Die Beachtung und wirkungsvolle Umsetzung beider Konventionen ist erforderlich, damit solche Waffen nie wieder entwickelt, gelagert oder verwendet werden können. Außerdem müssen vorhandene Bestände vernichtet werden.

16. Nach Beendigung eines Krieges fordern Minen weiter ihre Opfer. Dies sind besonders heimtückische Waffen, die blindlings zuschlagen und meist die Zivilbevölkerung treffen. Jährlich werden zehntausende von Menschen getötet und die Anzahl der grausamen Verstümmelungen ist um ein Vielfaches höher. Landminen stellen ein großes Hindernis für die Entwicklung dar, denn viele Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche können nicht bebaut werden. Der Einsatz von Minen darf heute nicht mehr einfach hingenommen werden. Durch das Ansprechen dieses Problems konnten bereits Fortschritte erzielt werden, und es ist dringend erforderlich, ein absolutes Verbot von Landminen, deren Herstellung, Verkauf und Verwendung zu erreichen. Außerdem müssen vorhandene Bestände vernichtet und geeignete Techniken sowie weitreichende Programme für eine wirkungsvolle Minenräumung entwickelt und angemessen finanziert werden, insbesondere im Rahmen von friedensschaffenden Maßnahmen.

17. Internationaler Terrorismus und Kriminalität sind eine weitere ernstzunehmende Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in der Welt. Sie führen zu regionalen Spannungen, die die politische Stabilität gefährden und schwere Hindernisse für die Entwicklung darstellen. Die effektive Zusammenarbeit aller Länder ist dringend erforderlich, um diesen Phänomenen Einhalt zu gebieten.

18. Vorbeugen ist besser als Heilen. Es ist sehr viel besser, einen Konflikt zu vermeiden, als die Folgen nach Ausbrechen eines Konfliktes zu beheben. Außerdem ist der Preis, der gezahlt werden muß, nicht so hoch, sowohl menschlich als auch finanziell gesehen. Alle Regierungen müssen jedoch mit stark eingeschränkten Mitteln auskommen und sind nicht geneigt, weit vorauszublicken. Vorbeugende Maßnahmen erfordern politischen Mut, damit kurzfristige, rein nationale Interessen nicht in den Vordergrund gestellt werden und dazu führen, daß zu wenige Maßnahmen viel zu spät durchgeführt werden.

19. Bei der Konfliktvermeidung kann man zwar von internationalen und regionalen Konsultationen auf der Grundlage verbesserter und brauchbarer Frühwarnsysteme und politischer Planung, Untersuchungskommissionen und manchmal auch von der Entsendung internationaler Streitkräfte zur Verhinderung eines Ausbruchs von Feindseligkeiten bei gleichzeitiger Führung von Verhandlungen profitieren, aber dies ist zuallererst eine Frage der Beschäftigung mit den tieferliegenden Ursachen eines möglichen Konfliktes. Es ist traurig, daß diese oft in der anhaltenden Fremdbesatzung und einer jahrhundertelangen Trennung von Volksgruppen bestehen, zu denen sich noch eine Reihe von Problemen wirtschaftlicher und sozialer Natur gesellen. Armut, Unterentwicklung bestimmter Volksgruppen, schwache oder nicht vorhandene Institutionen, Abhängigkeit und Instabilität sind wichtige Konfliktquellen und stellen daher den Hauptansatzpunkt für die Schaffung von Frieden und Sicherheit dar. Die Lösung liegt in der Gewährleistung nachhaltiger menschlicher Entwicklung.

Nachhaltige menschliche Entwicklung

20. Die veraltete Vorstellung, daß Frieden und Sicherheit in die alleinige Verantwortung des Staates fallen bzw. nur den Staat betreffen, muß aufgegeben werden. Sicherheit ist vor allem eine Frage der Menschen; die Sicherheit des einzelnen ist genauso wichtig wie die nationale Sicherheit. Der entscheidende Beweggrund für die Maßnahmen im kommenden Jahrhundert muß das Überleben und Wohlergehen der Menschen sein. Gleichmaßen kann eine Entwicklung nur dann nachhaltig sein, wenn sie sich am Menschen orientiert. Sie muß auf die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse abgestimmt sein, und dies kann nur erreicht werden, wenn für die vollständige und ungehinderte Mitbestimmung der Menschen gesorgt wird. Dies erfordert wiederum demokratische Strukturen, größere soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

21. Die Erzielung des nötigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ist dringend notwendig und möglich. Dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn man bei der Planung die Tatsache berücksichtigt, daß die gegenseitigen Abhängigkeiten auf der Welt im kommenden Jahrhundert nicht abnehmen, sondern eher zunehmen werden. Die Erfüllung unserer eigenen Bedürfnisse darf nicht auf Kosten künf-

tiger Generationen erfolgen. Gegenseitige Abhängigkeit der Länder bedeutet: Verbindungen zwischen einigen der großen Probleme der Menschheit, z. B. Bevölkerungswachstum, Wanderungsbewegungen, unkontrollierte Urbanisierung, Krankheit und Armut, sowie gegenseitige Abhängigkeit zwischen Ländern, deren Entwicklung von einer Verschwendung von Ressourcen und einer unkontrollierten Zunahme der Müllmengen begleitet war, sowie von Ländern, die wegen ihrer knappen Mittel gezwungen sind, Kompromisse bei ihrem Vermögen und der Umwelt einzugehen, aber nicht in der Lage sind, die Grundbedürfnisse im eigenen Land zu decken.

22. Die von den Vereinten Nationen in den letzten Jahren veranstalteten Konferenzen und Weltgipfel und der Bericht des Generalsekretärs zur *Agenda für Entwicklung* haben in großem Maße zu einem besseren Verständnis der anstehenden Probleme und der erforderlichen politischen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung beigetragen. Sie müssen jetzt durch die Einführung spezieller Programme und Maßnahmen in die Tat umgesetzt werden.

23. Die immer weiter klaffende Lücke zwischen Reich und Arm muß dringend geschlossen werden, sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der einzelnen Länder. In jeder praktischen Strategie für nachhaltige menschliche Entwicklung muß die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung höchste Priorität erhalten. Es ist entscheidend, die Strategien, Programme und Zeitpläne festzulegen, die zur Beseitigung extremer Armut und möglicherweise sogar jeder Form der Armut erforderlich sind. Dazu sind institutionelle Maßnahmen erforderlich, die sicherstellen, daß die Rechte der Armen geschützt und vollständig durchgesetzt werden. Dies bedeutet auch die Erzielung wissenschaftlicher und technologischer Fortschritte mit Schwerpunkt auf der Verbesserung von Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, der Entwicklung geeigneter Technologien für die Industrie, der Sicherung der Energieversorgung und des Gesundheitswesens sowie ein vernünftiger Umgang mit der Umwelt.

24. Es war noch nie zuvor so klar, daß die Entwicklung eng mit dem Status der Frau verbunden ist. Männer und Frauen müssen in jeder Hinsicht die gleichen Rechte genießen. Es gibt Anzeichen für eine wachsende Konzentration der Armut auf Frauen; dies kann auf keinen Fall hingenommen werden und ist ein Beweis dafür, daß eine Entwicklung nur durch die volle Mitwirkung der Frauen in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens erzielt und aufrechterhalten werden kann. Frauen und Männer sind zwar unterschiedlich, aber trotzdem gleich, und die Probleme der Gesellschaft können nur durch ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit wirkungsvoll bekämpft werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch ein zentraler Punkt für die Gewährleistung einer gerechten Verteilung der Früchte des Wachstums. Aus diesem Grund müssen Frauen und Männer im Mittelpunkt jeder Strategie für eine nachhaltige menschliche Entwicklung stehen.

25. Neben speziellen Programmen in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Bildung ist ein Wandel im Rollenverständnis erforderlich. Ohne bestimmte Kulturen zu untergraben oder einer nationalen Kultur fremde Werte aufzudrängen, muß dafür gesorgt werden, daß die Würde der Frau respektiert und ein stärker ausgewogenes Bild der Fähigkeiten von Männern und Frauen bezüglich der Mitwirkung bei der Erledigung privater oder öffentlicher Angelegenheiten gezeichnet wird. Dies erfordert die Änderung von Vorstellungen und Verhaltensmustern, die durch die Erziehung, die Medien und die Werbung vermittelt werden, um die Auffassung abzuschaffen, daß ein Geschlecht dem anderen überlegen ist.

26. „Die Integration von Umwelt- und Entwicklungsfragen und deren stärkere Beachtung wird zur Sicherung der Grundbedürfnisse, einen höheren Lebensstandard für alle, einem besseren Schutz und Management von Ökosystemen und einer sicheren und blühenden Zukunft führen.“ Heute ist dieses Zitat aus der *Agenda 21* aktueller denn je. Es müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um Entwicklung und Umweltschutz sowie Gerechtigkeit und Effizienz miteinander in Einklang zu bringen. Es ist dringend notwendig, daß die Bemühungen um eine nachhaltige menschliche Entwicklung zu einer signifikanten Neugewichtung der Prioritäten im Umgang mit den begrenzten Ressourcen der Welt und zur Entwicklung erneuerbarer Ressourcen führen. Dies ist in der Tat eine gewaltige Aufgabe, aber wir haben keine andere Wahl. Der Erfolg dieses Unterfangens ist die einzige Möglichkeit, die der Menschheit bleibt.

27. Die Konventionen über Klimaveränderungen und Artenvielfalt sowie *Agenda 21* müssen wirkungsvoll umgesetzt werden. Kein Land kann sich länger erlauben, untätig zu bleiben. Alle Länder müssen die Entwicklung vertretbarer Besiedelungskonzepte fördern und versuchen, das Konsumverhalten zu verändern, um die verhängnisvollen Folgen für die Umwelt zu verringern. Integrierte Konzepte sind für die Planung und das Management von Land sowie die Erschließung, das Management und die Nutzung von Süßwasserressourcen erforderlich. Es ist dringend notwendig, die Meere und Küstengebiete zu schützen, die Abholzung der Wälder und die Ausbreitung der Wüsten zu bekämpfen sowie für eine Reduzierung und effektive Handhabung von Müll zu sorgen. Industrie und Umwelt müssen miteinander verquickt werden, und nicht zuletzt müssen den Entwicklungsländer ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und der Zugang zu sicheren und umweltfreundlichen Technologien gewährt werden.

28. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird, genau wie heute, auch im kommenden Jahrhundert die Triebfeder für weitere Entwicklungen sein. Dies erfordert ein entsprechend förderliches Umfeld, in dem Einzelinitiativen unterstützt und nicht im Keim erstickt werden, sowie offene Märkte für den Kauf und Verkauf von Produkten. Der Wettbewerb und die Liberalisierung der Märkte müssen stärker gefördert werden, wobei die Notwendigkeit, kleine und mittlere Unternehmen zu schützen, zu unterstützen

und zu fördern nicht vergessen werden darf. Die Regierungen müssen Vertrauen in die Marktwirtschaft haben, aber sie sollten sicherstellen, daß die Regeln des Gesetzes gelten und nicht das Gesetz des Dschungels.

29. Gegenwärtig gibt es in allen Teilen der Welt Länder mit außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit, die ein hohes Potential für sozialen und politischen Aufruhr birgt. Dafür gibt es jedoch keine einfache Lösung. Eine Produktionssteigerung führt nicht notwendigerweise zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Der Einsatz hochentwickelter Technologien führt häufig dazu, daß die Beschäftigtenzahlen hinter der Produktion zurückstehen. Und ein verstärkter Handel kann dazu führen, daß nicht mehr, sondern weniger Stellen geschaffen werden. Es ist dringend notwendig, daß die Länder ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisch überprüfen, um dafür zu sorgen, daß der Schaffung von Arbeitsplätzen eine hohe Priorität eingeräumt wird und mehr getan wird, um die Zusammenhänge zwischen Investitionen, Beschäftigtenzahlen, Produktion und Handel zu verstehen.

30. Der Abschluß der Verhandlungen der Uruguay-Runde über multilaterale Handelsbeziehungen, die Gründung der Welthandelsorganisation und der vor kurzem erfolgte Abbau von Zollschränken sind wichtige und willkommene Ergebnisse. In vielen Ländern hat sich der Handel als der stärkste Motor des Wirtschaftswachstums erwiesen, mit dem die Mittel zur Beseitigung der Armut erwirtschaftet werden können. Daher wird es um so wichtiger, den Prozeß weiter voranzutreiben, indem auch nichtgewerbliche Schranken wie freiwillige Exportbeschränkungen, Exportsubventionen, Inlandssteuern und ähnliche Handelsbeschränkungen sowie Gesundheits- und Hygienevorschriften überprüft werden. Diese Beschränkungen müssen transparenter werden, wobei das letztendliche Ziel in ihrer Abschaffung besteht.

31. Egal wie fleißig sie auch arbeiten, werden stark verschuldete Entwicklungsländer jedoch nicht in der Lage sein, eine nachhaltige menschliche Entwicklung zu gewährleisten, solange sie ihre Schulden zurückzahlen müssen. Es wurden bereits einige Fortschritte erzielt, aber die Lage ist immer noch kritisch und in einigen ärmeren Ländern verschärft sie sich sogar; dies gilt vor allem für afrikanische Länder, die von Dürre-, Hunger- und anderen Katastrophen heimgesucht worden sind. Eine dauerhafte und weltweite Lösung muß für das Schuldenproblem gefunden werden, insbesondere durch einen Schuldenerlaß, eine Umverteilung der Schulden, einen teilweisen Schuldenerlaß, vor allem für die ärmeren Länder, sowie eine beträchtliche Senkung der Zinssätze.

32. Die Entwicklungsländer werden noch viele Jahre lang auf eine verstärkte und berechenbare finanzielle Unterstützung durch den Norden und multilaterale Institutionen angewiesen sein. Es ist dringend erforderlich, das Ziel zu verwirklichen, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes als offizielle Entwicklungshilfe zu zahlen. Die Durchsetzung dieses Ziels ist entscheidend für die Linderung der schlimmsten Armut und für den Aufbau einer nachhaltigen Entwicklung. Es ist lebenswichtig für die Weltwirtschaft

und sollte als internationale Verpflichtung verstanden werden. Eine solche Hilfe sollte durch den Transfer verfügbarer Mittel im privaten Sektor ergänzt werden. Dafür ist es jedoch notwendig, daß die Regierungen ein nationales Wirtschaftsklima schaffen, das direkten Auslandsinvestitionen förderlich ist. Außerdem muß eine „20–20“-Regelung eingeführt werden, nach der die Entwicklungsländer bzw. die Geberländer mindestens 20 Prozent ihres Budgets bzw. mindestens 20 Prozent der gezahlten Entwicklungshilfe für soziale Entwicklungsprojekte ausgeben müssen.

Menschenrechte und Demokratie

33. „Die Anerkennung der Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Menschen bildet die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Menschenrechte durch das Gesetz geschützt werden, damit der Mensch sich nicht als letzten Ausweg zur Auflehnung gegen Tyrannei und Unterdrückung gezwungen sieht.“ Diese einleitenden Worte zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind heute noch genau so wahr wie vor fast fünfzig Jahren, als sie niedergeschrieben wurden. Alle Staaten müssen sich verstärkt dafür einsetzen, daß die Beachtung der gesamten Skala der Bürgerrechte und politischen Rechte sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte garantiert ist.

34. Der demokratische Gedanke muß wieder stärker betont werden. Jedes Land muß zwar sein eigenes und mit seiner Geschichte, seiner Kultur oder den besonderen Umständen vereinbares Modell entwickeln, aber es ist trotzdem wahr, daß Demokratie eine politische Philosophie bzw. eine Regierungsform ist, in der die Bürger ihr Recht ausüben, durch Vertreter, die von ihnen gewählt und ihnen direkt verantwortlich sind, politische Entscheidungen zu treffen. Der Bericht des Generalsekretärs über Maßnahmen zur Förderung und Stärkung neuer oder wiederhergestellter Demokratien steht im Mittelpunkt einer Agenda für Demokratie, auf der aufgebaut werden muß und für deren umfassende Unterstützung sich die IPU einsetzt.

35. Demokratie erlangt nur dann ihre wirkliche Bedeutung, wenn Frauen sich auf der Basis von Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in rechtlicher und praktischer Hinsicht an den Entscheidungsprozessen beteiligen. Es ist absolut inakzeptabel, daß es auf der Welt immer noch Länder gibt, in denen Frauen das Grundrecht auf Mitbestimmung im politischen Leben des Landes verweigert wird. Alle Länder werden dringend aufgefordert, den von der IPU 1994 verabschiedeten Aktionsplan zur *Beseitigung des gegenwärtigen Ungleichgewichts bei der Beteiligung von Männern und Frauen am politischen Leben* als einen ersten Schritt in die Tat umzusetzen, damit die Gleichstellung und gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau überall verwirklicht wird.

36. Demokratie bedeutet auch, daß alle Elemente der Gesellschaft die Möglichkeit haben müssen, das

politische Geschehen mitzubestimmen: d. h. alle politischen Strömungen, Geschlechter, Rassen, ethnische Gruppen und Minderheiten sowie Urbewohner. In der Tat ist die Autorität der demokratischen Institutionen, angefangen beim Parlament selbst, von der Fähigkeit abhängig, die große Vielfalt des Landes und der Bevölkerung und die unterschiedlichen bestehenden Ansichten getreu zu spiegeln.

37. In jedem Land kann die Macht der Regierung nur vom Willen des Volkes ausgehen, der in freien und gerechten Wahlen festgestellt wird, die in regelmäßigen Abständen stattfinden und bei denen ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht gilt. Deshalb ist es notwendig, die Arbeit für die Umsetzung der *Erklärung zu den Kriterien für freie und gerechte Wahlen*, die von der IPU 1994 in Paris verabschiedet wurde, auf allen Ebenen mit dem Ziel fortzusetzen, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen prüft, ob diese Kriterien als weltweiter Standard eingeführt werden sollen.

38. Transparenz und Offenheit sind für eine gut funktionierende Demokratie ebenfalls von wesentlicher Bedeutung. Die Freiheit der Medien ist ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Gesellschaft, obwohl gerechtfertigte Bedenken hinsichtlich der Folgen bestimmter Auswüchse in der modernen Berichterstattung bestehen. Das unbeständige und schnelle Objektiv der Fernsehkamera lenkt die Aufmerksamkeit in der einen Minute auf ein bestimmtes Thema, und macht es in der nächsten schon wieder vergessen. Diese Art der Berichterstattung kommt der reinen Unterhaltung gefährlich nahe. Es besteht das Risiko, daß die Menschen mit der Zeit nicht mehr in der Lage sind, zu differenzieren. Daher haben führende Politiker in den Regierungen und Parlamenten aller Länder mehr als je zuvor die Pflicht, den Weg zu weisen, indem sie Prioritäten für den bevorstehenden Weg aufzeigen und selbst eine politische Agenda erstellen.

39. In einer demokratischen Gesellschaft wird Toleranz praktiziert. Die häßlichen Szenen, die sich in den letzten Jahren bei Angriffen auf rassische, ethnische und religiöse Gruppen und Minderheiten abgespielt haben, wecken in uns die Erinnerung an eine dunkle Seite der Geschichte der Menschheit. Wir müssen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz endgültig hinter uns lassen. Sie waren niemals akzeptabel und haben in der Welt von morgen mit ihren rasch zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeiten noch viel weniger Platz. Am Vorabend des nächsten Jahrhunderts müssen die Menschen endlich lernen, Toleranz zu praktizieren und vor allem Intoleranz nicht für politische Ziele zu mißbrauchen.

40. Um feste Wurzeln schlagen und blühen zu können, benötigt Demokratie nicht nur gut funktionierende und repräsentative Institutionen, sondern auch eine demokratische Kultur. Auf allen Gesellschaftsebenen ist ein Bewußtsein und ein Engagement für Mitbestimmung und den Dialog von wesentlicher Bedeutung. Deshalb muß ein Schwerpunkt auf Bildungsprogramme für die Bürger gelegt werden.

Strukturen für internationale Zusammenarbeit

41. Vor mehr als einem Jahrhundert hat die Interparlamentarische Union innerhalb ihrer heute bekannten institutionalisierten Form die Grundlagen für eine multilaterale Zusammenarbeit geschaffen. In der Tat hat sie durch ihre Gründung das erste dauerhafte Forum für multilaterale Verhandlungen ins Leben gerufen und sich nachhaltig für die Schaffung ähnlicher Institutionen auf zwischenstaatlicher Ebene eingesetzt. Diese Forderungen fanden Gehör, zuerst durch die Bildung des Völkerbundes und anschließend durch die Gründung der Vereinten Nationen.

42. Auf dem Weg der Menschheit in ein neues Jahrhundert kommt es bedauerlicherweise zu einem offensichtlich nachlassenden Interesse der Länder an multilateraler Zusammenarbeit. Es gibt in der Tat beunruhigende Anzeichen für eine gewisse Trägheit und sogar Gleichgültigkeit im Hinblick auf internationale Zusammenarbeit. Eine ständig wachsende Anzahl von Ländern richtet ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Befriedigung kurzfristiger nationaler Bedürfnisse und vernachlässigt die Erreichung mittel- und langfristiger Ziele im In- und Ausland. Für die internationale Zusammenarbeit werden weniger Mittel zur Verfügung gestellt, was entweder auf mangelnde Unterstützung seitens der Bevölkerung oder auf wirtschaftliche Probleme zurückzuführen ist.

43. Nun ist es an der Zeit, der multilateralen Zusammenarbeit neuen Schwung zu geben. In aller Deutlichkeit und Stärke muß betont werden, daß es keine Alternative zur multilateralen Zusammenarbeit gibt bzw. jemals geben wird. Kein Land, weder heute noch morgen, verfügt über die erforderlichen Ressourcen und die nötige politische Unterstützung, um alleine zu agieren, wenn Situationen außer Kontrolle geraten und die gesamte Menschheit bedrohen. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Bewältigung der Herausforderungen für Frieden und Sicherheit, nachhaltige menschliche Entwicklung und Achtung der Menschenrechte und Demokratie ist keine Frage von Wohltätigkeit. Multilaterale Zusammenarbeit liegt im ureigenen Interesse der Länder.

44. Alle Länder und politischen Führer werden daher dringend aufgefordert, sich erneut und verstärkt für die internationale Zusammenarbeit zu engagieren. Sie müssen den größtmöglichen und effektivsten Nutzen aus den multilateralen Strukturen ziehen, die sich über die Jahre entwickelt haben. Dabei sollten sie das Subsidiaritätsprinzip stärker nutzen als bisher. Regionale Organisationen sollten ausgiebiger in Anspruch genommen werden als in Abschnitt VIII der UN-Charta vorgesehen, um rein lokale, sub-regionale und regionale Fragen zu behandeln. Gleichzeitig müssen die verschiedenartigen Fähigkeiten und Interessen der an regionalen Organisationen beteiligten Parteien anerkannt werden, um allen Forderungen gerecht zu werden, wobei man immer wieder auf das System der Vereinten Nationen zurückgreifen sollte, genau wie bei Fragen von internationalem Interesse, die über den regionalen Kontext hinausgehen. Die Länder sollten weniger

zögerlich bei der Übertragung von Aufgaben an die Vereinten Nationen bezüglich der Umsetzung von Strategien sein und auf jeden Fall die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen für normative Maßnahmen stärken, weil sie dazu besonders befähigt sind.

45. Die Interparlamentarische Union unterstreicht außerdem ihr Vertrauen in die Vereinten Nationen und deren Schwesterorganisationen. Die Gegner der Vereinten Nationen sollten vorsichtig sein und die UN nicht für Dinge zu kritisieren, für die sie niemals vorgesehen oder befähigt war. Die Vereinten Nationen sind keine Weltregierung. Sie sind eine internationale Organisation, die von Regierungen gegründet wurde und kontrolliert wird. Die Staaten beauftragen die Weltorganisation mit spezifischen Mandaten. Sie sind diejenigen, die die erforderlichen Mittel und Unterstützung bereitstellen oder nicht, die zur Durchführung der Aufgaben erforderlich sind. Die Erfolge, aber auch die Fehlschläge der Vereinten Nationen fallen daher auf die Mitgliedstaaten zurück.

46. Natürlich gibt es Raum für Verbesserungen. Wie jede andere Organisation müssen auch die Vereinten Nationen ihre Strukturen und Arbeitsmethoden anpassen und ihre Prioritäten neu setzen, um den Anforderungen der Welt von morgen gerecht zu werden. Ein Versagen der Vereinten Nationen ist jedoch weniger die Folge von unangemessenen Strukturen, sondern vielmehr der fehlende ausdrückliche Wille der Länder, diese ausgiebig zu nutzen. Die Länder müssen sich in der Tat entscheiden, welche Rolle und Funktion sie den Vereinten Nationen zugestehen wollen und welchen Beitrag sie leisten wollen, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

47. Bei der Planung von Reformen ist die Stärkung der wichtigsten Organe der UN von entscheidender Bedeutung, damit diese ihre Funktionen effektiver ausüben können. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen braucht frischen Wind und der Sicherheitsrat benötigt eine Reform, damit er repräsentativer und demokratischer wird und gleichzeitig seine Autorität und Effektivität bewahrt. Die Anzahl der Mitglieder sollte erhöht werden. Es sollten Mechanismen entwickelt werden, um die Arbeit des Rates transparenter zu gestalten.

48. Die Liquidität der Vereinten Nationen muß sichergestellt werden. Es ist absolut inakzeptabel, daß die Organisation nicht über die Mittel verfügen kann, die ihr von den Mitgliedstaaten zugestanden wurden und zu deren Zahlung sie verpflichtet sind. Strengere Maßnahmen müssen eingeführt werden, um nicht oder verspätet erfolgte Zahlungen zu sanktionieren und die pünktliche Überweisung der festgelegten Beiträge zu vereinfachen. Außerdem muß für mehr Haushaltsdisziplin gesorgt werden. Eine Rechtfertigung der Haushaltsausgaben sollte *per se* und nicht nur für Erhöhungen im Vergleich zu den Vorjahresbudgets erfolgen. Auch bei der Überprüfung ihres Budgets und Ausgaben sollten die Länder konsequenter vorgehen. Darüber hinaus müssen die Kosten für die UN zwischen allen Mit-

gliedstaaten gerechter und einheitlicher verteilt werden.

49. Obwohl Mittelkürzungen innerhalb der Organisation nicht nur zur Erzielung von Einsparungen vorgenommen werden sollten, können bedeutende Summen dadurch gespart werden, daß ein entschlossener und systemweiter Versuch unternommen wird, Überhangmandate abzuschaffen, Programme und Aktionen zu straffen und kostengünstiger zu gestalten. Die UN, ihre Sonderorganisationen und Spezialorgane müssen sich dieser Aufgabe dringend widmen und sollten sicherstellen, daß bei diesem Prozeß in beträchtlichem Umfang unparteiische Beurteilungen berücksichtigt werden.

50. Natürlich ist es schwierig, Prioritäten für eine Weltorganisation zu setzen, die nicht nur die Erwartung einiger weniger, sondern aller Mitglieder erfüllen soll. Allerdings können die Vereinten Nationen nicht jedem gerecht werden. Die UN muß ihre Ressourcen dort konzentrieren, wo die Erfolgsaussichten am größten sind.

51. Die Vereinten Nationen sollten regionale Institutionen und Organisationen ermutigen, eine größere Rolle bei der Lösung regionaler und lokaler Probleme und Konflikte sowie bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit auf regionaler Ebene zu übernehmen. Zu diesem Zweck müssen regionale Institutionen und Organisationen gestärkt werden, um die größere Verantwortung in diesem Bereich gemäß Abschnitt VIII der UN-Charta übernehmen zu können.

52. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch in den kommenden Jahren ein hoher Bedarf an Friedensmissionen bestehen wird. Bei der Durchführung dieser Missionen müssen die Vereinten Nationen klare Mandate mit realistischen Zielen erhalten. Es gilt einen Frieden zu bewahren und ein grundlegendes Verständnis zwischen den Parteien bezüglich der Rolle der Vereinten Nationen zu schaffen. Die Organisation muß außerdem rechtzeitig mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden. Wenn solche Einsätze zusammen mit humanitären Maßnahmen durchgeführt werden, muß die militärische Aktion ihre eigene Dynamik sowie getrennte Ziele und Aufgaben erhalten, um die Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit der humanitären Maßnahme zu bewahren. Die Vereinten Nationen benötigen zur Bewältigung dieser Aufgaben bessere Ressourcen. Außerdem muß die UN ihre Helfer und Mitarbeiter selbst ausbilden, um die rechtzeitige und wirkungsvolle Entsendung von UN-Personal zu erleichtern.

53. Künftige UN-Friedensmissionen werden sicher auch weiterhin recht komplex sein und sofortige humanitäre Hilfe sowie Unterstützung bei der Schaffung von repräsentativen Institutionen und Strukturen für eine effektive Kontrolle erfordern. Tatsächlich erfordern alle Einsätze eine starke Orientierung an den Menschenrechten. Diese Missionen müssen durch mittel- und langfristige friedensbildende Maßnahmen ergänzt werden, um für eine nachhaltige menschliche Entwicklung, einschließlich der wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und institutionellen Aspekte sowie Wahlrechtsfragen zu sorgen, und

auf diese Weise eine Kultur des Friedens zu schaffen. Dabei muß das Sekretariat der Vereinten Nationen sich voll und ganz auf die verschiedenen Zweige des UN-Systems verlassen können.

54. Die Vereinten Nationen müssen ihre Rolle bei der Entwicklung eines Konzeptes für wirtschaftliche und soziale Entwicklungszusammenarbeit übernehmen, die nicht auf Protektionismus, sondern offenen Weltmärkten, nicht auf milden Gaben, sondern auf einer gerechten Chancenverteilung und nicht auf Druck, sondern auf einem offenen politischen Dialog zwischen souveränen Staaten basiert. Das gegenwärtige System der Vereinten Nationen mit seinen Spezialorganen bedarf in diesem Bereich genau wie die Bretton-Woods-Institutionen der Verbesserung, Reform, Kontinuität und Annäherung. In diesem Bereich besteht ein großer Bedarf nach einer umfassenden Überprüfung der gegenwärtigen multilateralen Vorgehensweisen und einer Einigung auf die Bereiche, die im Rahmen eines Weltwirtschaftssystems mit seinen gegenseitigen Abhängigkeiten reformiert und verbessert werden müssen.

55. Einer der Schwerpunkte der Vereinten Nationen muß dabei auf der Abschaffung von Überschneidungen und der Vermeidung von Doppelarbeit liegen. Die Länder tragen eine besondere Verantwortung bei der Gewährleistung, daß die überholte Praktik, auf die Schaffung neuer Büros und Strukturen zu drängen, nicht weitergeführt wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherstellung der Koordination. Dabei können die Ergebnisse der in der letzten Zeit von den Vereinten Nationen veranstalteten internationalen Konferenzen als Grundlage dienen. Der Wirtschafts- und Sozialrat hat bereits willkommene Schritte unternommen, um dies durchzusetzen und für eine systemweite Koordination und die Vermeidung von Überschneidungen zu sorgen. Diese Bemühungen könnten durch einen auf der Grundlage dieser Konferenzen beschlossenen, gemeinsamen Aktionsplan erheblich gefördert und erleichtert werden. Der Erfolg dieser Koordinationsbemühungen auf internationaler Ebene hängt in großem Maße von entsprechenden Maßnahmen auf nationaler Ebene ab, die von den einzelnen Regierungen zur Koordination ihrer nationalen Politik mit den Vereinten Nationen durchgeführt werden.

56. Die Vereinten Nationen müssen ihre Aktivitäten verstärken und Prioritäten im Bereich der Menschenrechte zu setzen. Die Gründung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ist ein willkommener Schritt, genau wie die Initiativen zur Reformierung und Verbesserung der Leistungen des Zentrums für Menschenrechte als Teil des Büros des Hohen Kommissars. Dies wird erwartungsgemäß zu einer besser integrierten und koordinierten Behandlung von Menschenrechtsfragen innerhalb des gesamten Systems der Vereinten Nationen führen. Die Vereinten Nationen sollten insbesondere in diesem Bereich bessere Beziehungen zu ihren nichtstaatlichen Partnern aufbauen und diese verstärkt nutzen.

57. Das primäre Ziel des Reformprozesses ist die Sicherung von sozialer und wirtschaftlicher Gerech-

tigkeit, Fairness, Gleichbehandlung und Transparenz unter multilateraler Kontrolle und die Anwendung demokratischer Grundsätze bei Entscheidungsprozessen sowie das Erreichen des gesteckten Ziels bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau auch beim UN-Personal. Damit sie effizient, effektiv und transparent arbeiten können, müssen den Institutionen die erforderlichen Vollmachten und Befugnisse erteilt und vereinbarte Systeme zur Beilegung von Streitigkeiten an die Hand gegeben werden. Multilaterale Institutionen müssen nicht notwendigerweise UN-Organisationen sein. Multilaterale Beziehungen können innerhalb und außerhalb des UN-Systems gedeihen.

Die Rolle der Parlamente

58. Das Parlament ist eine Institution mit Schlüssel-funktion für die Organisation und Funktion eines Staates. Seine wichtigste Aufgabe ist die Vertretung des Volkswillens auf Staatsebene, indem es Gesetze einbringt und die Regierungsarbeit kontrolliert. Die Parlamente werden oft angerufen, um Entscheidungen im Hinblick auf die Arbeit der Vereinten Nationen zu fällen, z. B. durch die Ratifizierung eines Abkommens oder Vertrages der Vereinten Nationen oder die Genehmigung von Krediten für die Beitragszahlungen der Länder an die Weltorganisation.

59. Im Rahmen seiner normalen Tätigkeit wird das Parlament jedoch immer häufiger ersucht, sich mit komplexen internationalen Themen zu beschäftigen. In der Tat sind die Probleme, über die heutzutage in den Parlamenten debattiert wird, genau wie die erforderlichen Lösungen immer häufiger übernationaler Natur, und es ist schwer, unter den Themen, mit denen sich Parlamente täglich beschäftigen, eines zu finden, das nicht durch Ereignisse jenseits der Landesgrenzen beeinflusst wird oder Gegenstand internationaler Verhandlungen ist. Es ist für die nationalen Parlamente daher von größtem Interesse, stärker an der Arbeit auf internationaler Ebene beteiligt zu werden, vor allem an der Arbeit der Vereinten Nationen.

60. Die Stärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten kann für die Vereinten Nationen nur von Vorteil sein. Für den Erfolg von Aktionen der Vereinten Nationen ist unabhängig vom Betätigungsfeld die Unterstützung der Menschen auf der ganzen Welt erforderlich. Die Parlamente, die sich

aus Männern und Frauen zusammensetzen, die von der Mehrheit der Bürger gewählt werden, und direkten Kontakt zur Bevölkerung und Verbindungen zu ihren Wahlkreisen haben, sind außerdem die Institutionen, deren natürliche und rechtmäßige Aufgabe darin besteht, die gemeinsamen Interessen der verschiedenen Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zu repräsentieren. Dies sollte man sich zu einer Zeit ins Gedächtnis rufen, in der glücklicherweise Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, daß den Wünschen der Bürger bei zwischenstaatlichen Maßnahmen größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Maßnahmen der Parlamente und ihrer Mitglieder sind nicht nur kritisch für die Umsetzung nationaler Entscheidungen, die von den Ländern auf internationaler Ebene vereinbart wurden. Sie sind auch erforderlich, um der Öffentlichkeit die betreffenden Themen nahezubringen und zu erläutern und dadurch einen Rückhalt für internationale Maßnahmen in der Bevölkerung zu erwirken.

61. Die Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den nationalen Parlamenten dürfte die normale Arbeit der Parlamente und der Vereinten Nationen erwartungsgemäß erheblich erleichtern. Die IPU setzt sich als Weltorganisation der Parlamente für eine Verstärkung dieser Zusammenarbeit ein. Durch die Arbeit innerhalb der IPU können die Vereinten Nationen in all ihren Betätigungsfeldern eine verstärkte politische Unterstützung erfahren und gewinnen praktischen Rückhalt in den Bereichen Demokratie, Kontrolle und Menschenrechte, z. B. bei den friedenssichernden und friedensbildenden UN-Missionen.

62. Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß zwischen den Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union eine formelle Vereinbarung geschlossen wird, in der ein angemessener Rahmen für eine Zusammenarbeit der beiden Organisationen festgelegt wird, und die es der IPU ermöglicht, in vollem Umfang an der politischen Arbeit der Vereinten Nationen teilzunehmen. Außerdem wäre dies für die UN und ihre Mitgliedstaaten eine Möglichkeit, die Beziehungen zu der Weltorganisation der Parlamente neu zu definieren, so daß diese auf internationaler Ebene die Beziehung spiegelt, die auf nationaler Ebene zwischen Regierung und Parlament besteht; ein angemessener Schritt, zu einer Zeit, wo Demokratie und sorgfältiger Kontrolle hohe Priorität eingeräumt wird.

Skizze für eine Schlußerklärung anläßlich der Sondersitzung des Interparlamentarischen Rates der IPU vom 30. August bis 1. September 1995 in New York

Parlamentarische Vision der internationalen Zusammenarbeit bis ins 21. Jahrhundert

I. Agenda für Demokratie, Frieden und nachhaltige Entwicklung

Ausgangslage

- Neue Herausforderungen in einem veränderten politischen Umfeld nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den damit verbundenen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion
- Ende kommunistischer Diktaturen für mehr als 300 Millionen Menschen
- Friedensprozeß im Nahen Osten
- Demokratisierungsfortschritte, vor allem in der Südhälfte Afrikas
- Weltweit feststellbare Zunahme von (regional begrenzten) Kriegen, Bürgerkriegen, kriegesischen Auseinandersetzungen und militärischen Konflikten
- Weltweit wachsendes Konfliktpotential aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und ökologischen Rahmenbedingungen sowie aufgrund neu entstehender ethnischer und religiöser Auseinandersetzungen
- Weitere Trends: a) Ökonomisierung der internationalen Politik/b) Globalisierung/Integration vs. Fragmentierung und Partikularismus
- Unterentwicklung, Armut, Bevölkerungswachstum, Analphabetentum, Umweltzerstörung, soziale Ungerechtigkeit und Migration als Hauptproblembereiche und mögliche Konfliktursachen
- Wachsende Ansprüche durch die internationalen Krisen und Konflikte an die internationalen Organisationen einerseits; Kapazitäten der Problemverarbeitung und Lösung reichen nicht aus (Beispiel: Peace-Keeping-Department bei der UNO)

Demokratie

- Wechselbeziehung zwischen Weltfrieden, internationaler Sicherheit, wirtschaftlichem Fortschritt, Umwelt, sozialer Gerechtigkeit, Entwicklung, guter Staatsführung und Demokratie
- Demokratie als Grundlage für politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität sowie die Zuverlässigkeit und Integrität der staatlichen Institutionen
- Bedeutung von Demokratie, Parlamentarismus, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit

- Parlamentarisches Regierungssystem, Parteienvielfalt, gesellschaftlicher Pluralismus, Abhaltung freier Wahlen, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gewaltenteilung und unabhängige Gerichtsbarkeit als Grundelemente demokratischer Verfassungen
- Freie und faire Wahlen, aktives und passives Wahlrecht, politische Parteien, parlamentarische Kontrolle, parlamentarische Minderheitenrechte, Transparenz der Entscheidungsprozesse, Partizipation an politischen Entscheidungen sowie Meinungs- und Pressefreiheit als Merkmale parlamentarisch-demokratischer Regierungssysteme
- Bedeutung von NGO's und sozialen Bewegungen
- Hilfe beim Aufbau demokratischer und sozialer Institutionen
- Bedeutung der öffentlichen Meinung und einer politischen Streitkultur in der Demokratie
- Förderung demokratischer und pluralistischer Systeme mit repräsentativen Regierungsformen sowie Unterstützung demokratischer Prozesse und Institutionen (z. B. durch Wahlbeobachtung)
- Notwendigkeit einer Stärkung der präventiven parlamentarischen Diplomatie sowie kooperativer Verhandlungsstrategien
- Kooperation und gemeinsames Handeln als Grundlage politischer Zusammenarbeit und zwischenstaatlicher Beziehungen

Frieden

- Hinweis auf die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Zielsetzung, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren
- Hinweis auf die Bedeutung der „Agenda für den Frieden“ des Generalsekretärs der Vereinten Nationen
- Notwendigkeit des Ausbaus der Vereinten Nationen zu einem wirksamen Instrument einer umfassenden Weltfriedenspolitik zur Sicherung einer neuen internationalen Ordnung des Rechts, der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung
- Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit anderen internationalen Organisationen (z. B. OSZE und NATO) im Sinne des Konzepts sich gegenseitig verstärkender Institutionen
- Bedeutung von Integration sowie gegenseitiger Abhängigkeit durch Verflechtung sind Schlüssel für den Frieden

- Friedensfördernde Bedeutung regionaler Kooperation und Integrationsräume (ASEAN, APEC, NAFTA, Mercosur, OAU u. a. m.)
- Notwendigkeit einer Bekämpfung der Konfliktsachen wie soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche Not, politische Unterdrückung, Mißachtung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie ethnische Konflikte
- Notwendigkeit, den Herausforderungen durch den grundlegenden Wandel des politischen Umfelds durch politische und nicht durch militärische Maßnahmen zu begegnen
- Bedeutung von vertrauensbildenden Maßnahmen, Abrüstung und Rüstungskontrolle
- Bedeutung von vorbeugender Diplomatie, Frühwarnung und Konfliktprevention für die Sicherung des Weltfriedens
- Konflikt- und Krisenbewältigung, Friedensschaffung, Friedenserhaltung und Friedenskonsolidierung als neue zentrale Aufgaben für die internationale Staatengemeinschaft
- Aufbau bzw. Erneuerung politischer, rechtlicher und sozialer Institutionen im Rahmen der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit
- Weiterentwicklung des Instrumentariums der internationalen Organisationen zur Friedenssicherung sowie Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen
- Schaffung einer kooperativen Sicherheitsordnung, Förderung der Friedenserziehung und Entwicklung einer Kultur des Friedens

Nachhaltige Entwicklung

- Hinweis auf die Berichte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über eine Agenda für Entwicklung
- Umwelt- und sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklung
- Stärkung der WTO zur Förderung weltweit gültiger Sozial- und Umweltstandards
- Mangel an Entwicklung, der u. a. in Armut, sozialer Ungerechtigkeit, politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Not zum Ausdruck kommt, als Ursache von Konflikten
- Ausrichtung der Politik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung an den Bedürfnissen der Menschen
- Verbesserung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Menschen
- Förderung von Frauen mit dem Ziel ihrer gleichberechtigten Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Bemühungen zur Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz durch Privatisierung
- Ausbau der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft sowie Abbau bestehender

Handelsschranken und Erleichterung des Zugangs der Entwicklungsländer zu den Weltmärkten

- Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen durch die Schaffung sozialer Sicherungssysteme, den Auf- bzw. Ausbau von Gesundheits- und Bildungswesen, die Verbesserung von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Beseitigung der Wohnungsnot
- Durchführung von Wirtschafts- und Sozialprogrammen zur Beseitigung der Armut sowie zur Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhaltes und zur Erreichung einer gerechteren Einkommensverteilung
- Entwicklung neuer Konzepte in der Umwelt- und Energiepolitik sowie Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit beim globalen Umweltschutz
- Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie Ausweitung der bi- und multilateralen Programme der technischen und finanziellen Zusammenarbeit
- Beitrag der internationalen Finanzsituationen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sowie zur Überwindung der Schuldenkrise in den Entwicklungsländern
- Unterstützung von Demokratisierungsprozessen als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und politische Stabilität
- Notwendigkeit internationaler Solidarität, um das Ziel einer weltweiten Förderung der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen

II. Stärkung und Demokratisierung der Strukturen für die internationale Zusammenarbeit

- Vereinte Nationen und andere internationale und regionale Organisationen als Akteure in einem System der sich gegenseitig verstärkenden Institutionen (u. a. Vermeidung von Doppelarbeit/Verbesserung der Zusammenarbeit)
- Bedeutung bi- und multilateraler Abkommen sowie internationaler Verträge und völkerrechtlicher Normen
- Ausrichtung der internationalen Beziehungen sowie der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit an kooperativen Verhaltensmustern
- Kooperation statt Konfrontation als Maßstab für politisches Handeln zur Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen
- Entwicklung neuer Mechanismen und Strukturen der internationalen Zusammenarbeit im Sinne der vorbeugenden Diplomatie und der Vermeidung von Konflikten
- Verbesserung der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit sowie Verstärkung der Integrationsbemühungen auf regionaler Ebene (z. B. Europäische Union/ASEAN)
- Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und anderer internationaler bzw. regionaler Organisationen (verbesserte Koordinierung und Zusammenarbeit)

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Steigerung der Effizienz der Vereinten Nationen und Verbesserung der Finanzsituation zur Überwindung der derzeitigen Finanzkrise der VN- Neubewertung der Aufgaben des Sicherheitsrates und anderer VN-Gremien sowie Notwendigkeit einer Straffung und Umstrukturierung der verschiedenen Unter- und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen im Zuge einer VN-Reform- Stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente in die Arbeit der Vereinten Nationen durch die | <ul style="list-style-type: none">Verbesserung der Informations-, Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten- Nutzung des Sachverstandes der Nicht-Regierungsorganisationen in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Entwicklung durch eine stärkere Öffnung der Vereinten Nationen für NGO's, deren Arbeit ein demokratisches Politikverständnis zugrunde liegt- Notwendigkeit einer stärkeren parlamentarischen Begleitung der Arbeit der VN (Umbau der Vereinten Nationen zu einem Weltparlament bzw. einer Völkerkammer/IPU als parlamentarischer Counterpart der Vereinten Nationen) |
|--|--|

